

Protokoll

26. Sitzung der Legislatur 2011-2015

Dienstag, 28. Oktober 2014, 19.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz: Parlamentspräsidentin Christine Schuhwerk

Anwesend Stadtparlament: 27 Mitglieder

Entschuldigt:	Hug Kaspar, CVP/EVP	Ferien
	Schöni Roland, SVP	Ferien
	Zürcher Claudia, FDP	Familie

Anwesend Stadtrat: Balg Andreas, FDP, Brühwiler Konrad, SVP, Hug Patrick, CVP, Stäheli Reto, CVP, Züllig Hans-Ulrich, FDP

Protokoll: Evelyne Jung, Parlamentssekretärin

Traktanden

- 26/ 1. Mitteilungen
- 26/ 2. Antragstellung des Stadtrates über die Bildung einer Verkehrskommission
Diskussion
- 26/ 3. Aufgaben- und Leistungsüberprüfung
Massnahmen zur Optimierung der finanziellen Lage der Stadt Arbon,
Eintreten, Diskussion
- 26/ 4. Fragerunde
- 26/ 5. Informationen aus dem Stadtrat

Präsidentin Christine Schuhwerk: Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder und Stadtratsmitglieder.

Der Herbst hat seine prächtigen, schillernden Farben in den durchsichtigen Blättern der Bäume und Büsche gemalt und das flimmernde Licht der Abendsonne zaubert wahre Kunstwerke in die Wälder und Landschaften. Wenn dann am Morgen der Herbstnebel seine Schleier über die Landschaften ausbreitet und die aufgehende Sonne beginnt, diesen Schleier langsam zu durchleuchten und die ersten glitzernden Wassertropfen wie Diamanten am Rand der Blätter hängen, dann spürt man, dass keiner schönere Bilder entwerfen kann, als der Herbst.

Nehmen wir diese Bilder wahr und in uns auf, auch wenn wir heute in einer Zeit leben, in der wir mit Problemen überrollt werden. In einer finanziell engen Situation unserer Stadt Arbon ist es nicht immer einfach, richtige Entscheide zu treffen und gute Lösungen zu präsentieren.

Genau aber für eine solche Beratung, für Diskussionen und um Lösungsansätze zu finden rund um die finanziell angespannte Lage unserer Stadt sind wir unter anderem heute hier im Parlament zusammengekommen. Mit diesen Worten begrüsse ich sie herzlich zu dieser heutigen Parlaments-sitzung und bitte Evelyne Jung, den Namensaufruf vorzunehmen.

Namensaufruf

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin Evelyne Jung.

Es sind 27 Mitglieder anwesend, entschuldigt haben sich Kaspar Hug, CVP/EVP, Roland Schöni. SVP und Claudia Zürcher, FDP. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Das absolute Mehr beträgt 14 Stimmen.

Traktandenliste

Präsidentin Christine Schuhwerk: Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Ich stelle diese zur Diskussion.

Stadtmann Andreas Balg: Ich stelle den Antrag, das Traktandum 2 mit dem Unterpunkt Kenntnisnahme zu ergänzen. Das Traktandum 2 ist: Bildung einer Verkehrskommission und sieht Antrag nach Kenntnisnahme und Diskussion vor.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Ich lasse über diesen Antrag abstimmen.

://: Dem Antrag von Stadtmann Andreas Balg, Ergänzung des Traktandums 2 auf Antrag zur Kenntnisnahme, (Diskussion), wird mit 13 zu 12 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Die modifizierte Traktandenliste wird stillschweigend zur Kenntnis genommen.

1. Mitteilungen

Unterlagen

Sie haben folgende Unterlagen erhalten:

Per A-Post:

Mit Versand vom 07. Oktober 2014

- Einladung mit Traktandenliste
- Aufgaben- und Leistungsüberprüfung

Per E-Mail am 13. Oktober 2014

- Parlamentsprotokoll der 25. Sitzung vom 23. September 2014

Das Protokoll der letzten Parlamentssitzung ist seit gestern, 27. Oktober 2014 im Internet aufgeschaltet.

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

- Parlamentarischer Vorstoss:

Eingegangen ist eine Interpellation von Kaspar Hug und Luzi Schmid, CVP/EVP betreffend „Tempo 30-Zonen in der Stadt Arbon“. Die Interpellation geht nun in Zirkulation.

Gemäss Art. 12 Einbürgerungsreglement besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Ich bitte Hanspeter Belloni, Präsident der Einbürgerungskommission, um Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission.

Präsident Einbürgerungskommission Hanspeter Belloni:

Seit der letzten Parlamentssitzung vom 23.09.2014 fand keine Sitzung der Einbürgerungskommission statt. Nächsten Dienstag, 4 November 2014 werden nachfolgend aufgeführte Gesuche behandelt und darüber entschieden.

- Carbone Alessandro, 1987, italienischer Staatsangehöriger
- Längle Andreas, 1984, österreichischer Staatsangehöriger
- Marrone Fiorentino, 1959, italienischer Staatsangehöriger
- Merkt Iris, 1976, deutsche Staatsangehörige
- Peters Ilka, 1967, deutsche Staatsangehörige

Pendenzen:

Im Moment liegen 8 pendente, behandlungsreife Gesuche von 10 Personen vor. Weitere 17 Gesuche von 29 Personen befinden sich im Vorprüfungsverfahren oder im eidgenössischen Bewilligungsverfahren.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Danke Hanspeter Belloni für die Mitteilungen.

Eine weitere Mitteilung liegt uns von der FGK Subkommission betreffend „Überprüfung der einmaligen und wiederkehrenden Gebühren im Bereich Abwasser, gemäss Beitrags- und Gebühren- und Abgabereglement BGR vom 3. April 2007“ vor. Bernhard Bertelmann wird ihnen darüber Bericht erstatten.

Bernhard Bertelmann, FGK: Gemäss Parlamentsbeschluss soll unter Traktandum „Mitteilungen“ von Fall zu Fall auch über wichtige Ergebnisse der Arbeit der FGK berichtet werden. Aus diesem Grund orientiere ich sie über die Arbeit einer Subkommission, welche die einmaligen und wiederkehrenden Gebühren im Bereich Abwasser, gemäss Beitrags-, Gebühren- und Abgabenreglement (BGR) vom 3. April 2007 untersucht hat.

Dieser Subkommission gehörten die Parlamentarier Hanspeter Belloni, Cyrill Stadler, Kaspar Hug sowie ich selbst an.

Im Jahr 2006, vor der Einführung des Gebührenreglements, wurde im Arboner Parlament und in der Öffentlichkeit intensiv über die Höhe der Abwassergebühren diskutiert. Bei der Festlegung der Gebühren war es schwierig vorzusehen, wie sich Einnahmen- aber auch die Kostenseite entwickeln würden. Das Arboner Parlament entschied bei der Beratung des Reglements, die wiederkehrenden Gebühren gegenüber der Vorlage um 15 Rappen auf einen Franken zu senken. Aus heutiger Perspektive scheint dieser Entscheid richtig gewesen zu sein.

Bei der Einführung des Reglements wurde auch immer wieder betont, dass mit dem neuen Reglement zuerst Erfahrungen gesammelt werden müssten, um es später einer Beurteilung zu unterziehen.

Zusammenfassend und aus heutiger Perspektive sind die Erfahrungen mit dem Reglement aus Sicht der Stadt insgesamt positiv. Die befürchtete Einsprachenflut ist ausgeblieben. Erwartet wurden 2006 vom Stadtrat rund 100 Einsprachen, eingetroffen ist keine. Die Arbonerinnen und Arboner haben sich, wie es scheint, mit der Abwassergebühr arrangiert, auch wenn die Gebühren im Vergleich zu anderen Gemeinden immer noch im oberen Bereich sind.

Auch heute im Jahr 2014 war es für die Subkommission nicht einfach zu entscheiden, ob die Gebühren angemessen sind. Die Subkommission stellte jedoch fest, dass die Einnahmenseite, also die Gebühreneinnahmen in den vergangenen Jahren, immer bedeutend höher waren als die Ausgabenseite. Mit den Gebühren müssen der Kostenanteil am Abwasserverband Morgental sowie der Unterhalt und die Erneuerung der stadteigenen Abwasserkanäle gedeckt werden.

Wie üblich bei Spezialfinanzierungen wird das Ergebnis über ein entsprechendes Konto in der Bestandesrechnung verbucht. Bei der Abwasserbeseitigung handelt es sich um das Konto 1.228005 „Abwasserbeseitigung“. Wenn nun die Einnahmen höher sind als die Ausgaben, wie es in den letzten Jahren der Fall war, nimmt der Saldo des Kontos zu.

Seit 2006 ist der Saldo des Bestandskonto 1.228005 „Abwasserbeseitigung“ von Fr. 3'643'215.-- auf Fr. 8'427'925.-- per Ende 2013 angestiegen. Per Ende 2014 wird der Saldo voraussichtlich bei Fr. 8'878'000.-- liegen und ist damit um rund 5 Mio. Franken angewachsen.

Dieser hohe und ständig wachsende Saldo des Bestandskontos Abwasserbeseitigung führte in der Kommission zur Frage, ob eine Gebührenreduktion angebracht wäre. Auch mit 10 Prozent geringeren Gebühreneinnahmen in den letzten Jahren, wäre der Saldo noch leicht gewachsen.

Gegen eine Gebührenreduktion spricht, dass der Sanierungsbedarf im Bereich Kanalisation sehr hoch ist und geplante Investitionen in den letzten Jahren regelmässig verschoben worden sind. Allein aufgrund der im Investitionsplan enthaltenen Investitionen steigt der Abschreibungsbedarf bereits im Jahr 2018 auf über Fr. 800'000.- pro Jahr. Dies hat zur Folge, dass der Saldo des Bestandskontos wieder sinken wird. Zudem muss berücksichtigt werden, dass die Anschlussgebühren aufgrund der geringen Landreserven inskünftig stark abnehmen werden.

Nach eingehender Diskussion kommt die Subkommission zur Empfehlung, dass auf eine sofortige Gebührenreduktion verzichtet werden soll, diese aber spätestens 2017 nochmals überprüft werden muss. Bis zu diesem Zeitpunkt wird auch der Anlagekataster vorliegen, mit welchem die nötigen Rückstellungen für die Kanalisation berechnet werden können.

Die Subkommission gibt aber zu bedenken, dass die Rückstellungen nicht allein auf theoretisch berechneten Investitionen beruhen dürfen. Es ist mit einzubeziehen, welche Investitionen realistisch überhaupt ausgeführt werden können.

Sollte bis 2017 der Saldo im Bereich Abwasserbeseitigung weiterhin ansteigen und die „Überschüsse“ über den budgetierten Zahlen liegen, ist aus Sicht der Kommission eine Gebührenreduktion angezeigt.

Schlussbemerkung:

Die Subkommission wurde in ihrer Arbeit durch Stadtrat und Verwaltung sehr freundlich, kompetent und hilfsbereit unterstützt. Die benötigten Informationen wurden von den zuständigen Personen in der Verwaltung schnell und ausführlich zur Verfügung gestellt. Dafür möchte ich mich im Namen der Subkommission bedanken.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Besten Dank Bernhard Bertelmann für die Ausführungen und der ganzen Kommission für ihre grosse Arbeit.

2. Antragstellung des Stadtrates über die Bildung einer Verkehrskommission

Kenntnisnahme, Diskussion

Das Stadtparlament hat die Motion am 4. Dezember 2012 eingereicht und sie wurde von 20 Parlamentsmitgliedern mitunterzeichnet. Die Antwort des Stadtrates auf diese Motion wurde an der Parlamentssitzung vom 18. Juni 2013 behandelt und als erheblich erklärt. Das Geschäft ist dem Stadtrat zur Bearbeitung und Umsetzung überwiesen worden. In einer ersten Stellungnahme wurden sie von Stadtmann Andreas Balg an der Parlamentssitzung vom 21. Januar 2014 informiert und weiter wurde am 13. August 2014 an alle Fraktionspräsidien ein Mail mit der Bekanntgabe der Zusammensetzung der Kommission zugestellt. Stadtmann Andreas Balg wird sie darüber nun weiter informieren.

Stadtmann Andreas Balg: Sie haben es gehört, am 18. Juni 2013 beschloss das Parlament die Motion „Schaffung einer Fachkommission Verkehr“ von Peter Gubser und beauftragte den Stadtrat mit der Bildung dieser Kommission.

Der Stadtrat hat die Kommission am 3. Februar 2014 gebildet. Die Zusammensetzung zeigt sich wie folgt:

- Vertreter Kantonspolizei: André König, Verkehrsexperte Posten Arbon
- Transportunternehmer: Thomas Kugler, Hans Kugler AG,
- Vertreter ÖV: Patrick Nussbaumer, Geschäftsführer Eurobus
- Vertreterin Feuerwehr: Ursula Rorschach, Bereich Sicherheit, Stadt
- Vertreter Tiefbau: Rainer Heeb, Leiter Tiefbau
- Vertreter Schulen: Raphael Künzler
- Vertreter Langsam-Verkehr: Andreas Balg, Stadtmann und Präsidium

Morgen Mittwoch, 29. Oktober 2014, treffen wir uns bereits zur zweiten Sitzung, und ich kann aus der 1. Sitzung sagen, dass die Zusammenarbeit ausgesprochen fruchtbar ist.

Mit der Wahl der Verkehrskommission, gemäss Art. 43 der Gemeindeordnung, durch den Stadtrat ist die Motion für den Stadtrat erfüllt. Das Parlamentspräsidium und die Fraktionspräsidien wurden am 13. August 2014 per Mail, wie bereits gehört, in Kenntnis gesetzt.

Der Stadtrat ist durchaus bereit, Mitglieder des Stadtparlaments in eine Fachkommission zu wählen. Voraussetzung dafür ist aber die gesuchte Fachkompetenz und die Bereitschaft, sich entsprechend in die Kommission einzubringen.

Ich bitte nun das Parlament um Kenntnisnahme.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Ich eröffne die Diskussion.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Am 4.12.2012 wurde von 20 Mitunterzeichnenden die Motion „Schaffung einer Fachkommission Verkehr“ eingereicht. Diese Motion wurde am 18. Juni 2013 mit 13 Ja-Stimmen als erheblich erklärt und dem Stadtrat zur Antragstellung überwiesen. Bei der Behandlung dieser Motion im Rat hat die Diskussion gezeigt, dass sie voll und ganz hinter dem Motionstext steht.

Ich lese diesen Motionstext darum hier noch einmal vor: Der Stadtrat wird eingeladen, gem. Art. 43 der Gemeindeordnung, eine Fachkommission Verkehr zu wählen. In der Kommission sollen Volksvertreterinnen und Volksvertreter aus dem Parlament sowie Fachpersonen der Polizei und der Bauverwaltung Einsitz nehmen. Der Stadtrat soll in der Kommission vertreten sein, diese aber nicht zwingend präsidieren.

In der Diskussion damals hier in diesem Saal, in diesem Parlament hat Heinz Gygax im Namen der SVP gesagt: „Für die Fraktion der SVP ist es ein sehr wichtiges Anliegen, dass die Basis, also die Bürgerinnen und Bürger, bei Verkehrsfragen vermehrt mitreden kann. Mit der Fachkommission Verkehr können in Zukunft Probleme, wie sie sich zum Beispiel beim Fahrradverkehr, den Bushaltestellen, bei Anliegen der älteren Generation usw. ergeben, besser erkannt werden.“

Roman Buff hat im Namen der CVP/EVP-Fraktion gesagt: „Ich kann es kurz machen, wir sind auch einstimmig für die Einsetzung einer Verkehrskommission und können uns den SVP-Argumenten voll anschliessen.“

Elisabeth Tobler hat in der Diskussion gesagt: „Ich vermisse diese Kommission eigentlich. Das hat man bei der NLK gesehen, dass es hilfreich gewesen wäre, wenn die Sachen durch die Kommission durchgegangen wären, es wäre vielleicht jetzt bereits für die Velofahrer ein besserer Weg über den neuen Kreisel gemacht worden und bei der Bushaltestelle beim Stahelplatz.“

Auch ich habe damals in der Begründung SP-Gewerkschaften-Juso gesagt, dass es mir und den Mitmotionären ein Anliegen ist, dass die Bevölkerung in dieser Verkehrskommission vertreten ist, damit eine möglichst gute Verbindung besteht zwischen dieser Kommission und der Bevölkerung.

Mit Erstaunen stelle ich nun fest, dass sich der Stadtrat nicht an die Vorgaben der Motion gehalten hat. Er weigert sich standhaft, ich kann das nicht anders ausdrücken, dem Motionsauftrag nachzukommen. Ich staune auch etwas über das Vorgehen. Ich muss ihnen, liebe Ratskolleginnen und liebe Ratskollegen mitteilen, dass leider nur ich den Beschluss des Stadtrates erhalten habe über die Einsetzung dieser Fachkommission. Ich habe diesen Beschluss erhalten mit einem Begleitschreiben:

„Geschätzter Peter

Im Hinblick auf die nächste Parlamentssitzung vom 28. Oktober 2014, betreffend Traktandum 2 ‚Antragstellung des Stadtrates über die Bildung einer Verkehrskommission‘, sende ich dir wunschgemäss den Stadtratsbeschluss Nr. 15/14 vom 12. Februar 2014.

Grundsätzlich sind die Beschlüsse des Stadtrates nicht öffentlich und werden nur an die involvierten Mitglieder, wie hier zum Beispiel an die Kommissionsmitglieder, zugestellt. Als Entgegenkommen sowie im Sinne einer einmaligen Ausnahme und ohne Präjudiz wurde entschieden, dir diesen Beschluss als damaliger Motionär zukommen zu lassen.“

Da muss ich einfach sagen, da bin ich nicht der einzige Motionär, es gibt 20 Mitmotionäre, die eigentlich alle gleich behandelt werden sollten, das zum Vorgehen.

Jetzt zum Inhaltlichen, der Kommission, zum Beschluss des Stadtrates. Im Beschluss des Stadtrates steht unter anderem: Die breit abgestützte Zusammensetzung der Fachkommission Verkehr, soll in der Bevölkerung eine möglichst grosse Akzeptanz für laufende und neue Verkehrsprojekte einreichen. Die Vorabinformation von direktbetroffenen Anspruchsgruppen unterstützt die Erreichung dieses Ziels. Voll einverstanden.

Weiter heisst es: Insbesondere soll sich die Kommission mit folgenden Themen auseinandersetzen, da staune ich etwas, da heisst es „Einführung Ortsbus Arbon“. Die Einführung des Ortsbusses Arbon ist hier in diesem Rat zurückgestellt worden.

Jetzt zur Zusammensetzung dieser Kommission: Im Beschluss des Stadtrates steht: „Die Fachkommission Verkehr soll durch den Einsitz von Vertretern aus unterschiedlichsten Anspruchsgruppen möglichst breit abgestützt sein, gleichzeitig aber eine gut organisierte Paareinheit bleiben“. Voll einverstanden.

Die Fachkommission soll aus unterschiedlichsten Anspruchsgruppen zusammengesetzt sein. Das aber ist mit dieser Zusammensetzung nicht der Fall. Der Stadtmann hat vorhin erläutert, wer in dieser Kommission ist. Wir alle kennen die Probleme um den Langsam-Verkehr bei der NLK. Wir kennen die Probleme um den Langsam-Verkehr im Städtli. Gerade die Vertreter des Langsam-Verkehrs sind eigentlich nicht vertreten in dieser Kommission, und von der Bevölkerung ist niemand vertreten. Die Lastwagenfahrer, die Busfahrer sind vertreten, das ist eigentlich richtig, die Feuerwehr ist vertreten, aber die Bevölkerung, die täglich auf den Strassen zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs ist, die ist, ich weiss nicht wie fachlich kompetent, durch Andreas Balg vertreten.

Die Schule ist mit Raphael Künzler vertreten. Ich hatte, als ich noch Lehrer war, relativ viel zu tun mit Raphael Künzler, ich habe kaum jemanden erlebt, der so mit Aufgaben überlastet ist und so wenig Zeit findet für Kommissionssitzungen, wie der liebe Raphael Künzler. Und ich weiss nicht warum die Baukommission der Schulgemeinde gerade mal in einer Verkehrskommission sein soll. Da hätte ich doch viel eher die Wahl zum Beispiel eines Lehrers erwartet, der weiss, wie die Situation um die Schulhäuser ist, der weiss wie es ist, mit einer Schulklasse mit dem Velo unterwegs zu sein.

Alles in allem, die Zusammensetzung dieser Kommission ist nicht richtig, die ist unvollständig. Der Auftrag der Motion ist nicht umgesetzt und ich stelle darum den Antrag auf Rückweisung des Geschäfts zur Überarbeitung. Ich weiss, dass die Bildung und die Einsetzung einer Fachkommission die Aufgabe des Stadtrates ist, aber bitte nicht eine Motion so umsetzen, wie das jetzt der Stadtrat gemacht hat, sonst sagen wir nein danke und weisen dieses Geschäft zur Überarbeitung so zurück. Bitte entschuldigen sie, dass ich ausnahmsweise etwas länger reden musste, aber die Geschichte ist so in die Länge gezogen worden mit X Winkelzügen, dass es jetzt einfach nötig war, das ganze aufzuzeigen.

Cyrill Stadler, FDP: Wir haben anlässlich der Parlamentssitzung vom 18. Juni 2013 die Motion zur Schaffung einer Fachkommission Verkehr von Peter Gubser, und wie wir gehört haben, von 20 Mitunterzeichnenden, für erheblich erklärt. Den Motionstext hat uns Peter Gubser bereits zitiert und besteht im Kern aus zwei Teilen. Einem ersten Teil, der Bezug nimmt auf den Art. 43 der Gemeindeordnung und einem Zusatzsatz, der aber nicht zwingend mit der Gemeindeordnung korrespondiert.

Die Gemeindeordnung, Art. 43 sagt im Wortlaut: „Der Stadtrat wählt die Fachkommissionen. Er berücksichtigt bei deren Zusammensetzung unterschiedliche Interessen und Ansichten.“ Die Fachkommissionen werden in der Regel vom zuständigen Mitglied des Stadtrats präsiert, und drittens die Amtsdauer der Fachkommission endet spätestens mit Ablauf der Amtsdauer der Stadtbehörden.

Sie merken, wo der Schuh drückt? Die Gemeindeordnung wird selbst im Motionstext in der Hierarchie über die Motion gestellt. Sie lässt dem Stadtrat bei der Bestellung der Fachkommission freie Hand. Ich und wohl auch der Stadtrat gingen schon davon aus, dass der Motionär, hätte er als langjähriges Parlamentsmitglied eine Anpassung der Gemeindeordnung gewünscht, dies auch verlangt, wenn er dem Zusatztext seiner Motion höhere Priorität beigemessen hätte.

Wir sind einmal mehr beim berühmten Abgrenzungsthema zwischen Exekutive und Legislative. Wollen wir selber Kommissionen bestimmen, so müssen wir uns in die Exekutive wählen lassen. Die Gemeindeordnung sieht das so vor, und das ist auch gut so. Mir kommt es so vor, der Stadtrat soll diese Fachkommission schon stellen, aber bitte einfach so, wie der Peter Gubser möchte. Ich finde, wir haben diese Gemeindeordnung als eine Art Verfassung unserer Gemeinde, das muss so sein und darf so sein. Nehmen wir die Erledigung dieser Motion durch die Bestellung der Kommission zur Kenntnis und wenden uns unseren Aufgaben im Traktandum 3 unserer heutigen Sitzung zu.

Andrea Vonlanthen, SVP: In der Einladung zur heutigen Sitzung steht „Antragstellung des Stadtrats über die Bildung einer Verkehrskommission“. Dazu hat der Stadtammann leider nichts gesagt. Er hat eine Abänderung gewünscht in Richtung Kenntnisnahme, aber von einem Antrag, wie es hier in der Einleitung heisst, haben wir nichts gehört. Drei Fakten:

1. Die Motion betreffend „Schaffung einer Fachstelle Verkehr“ wurde wuchtig, mit 23 Ja-Stimmen, erheblich erklärt. Ein klarer Auftrag an den Stadtrat.
2. Es heisst in der Gemeindeordnung Art. 43, dass der Stadtrat Fachkommissionen wählt. Es heisst da aber auch, dass er bei der Zusammensetzung „unterschiedliche Interessen und Ansichten“ berücksichtigt.
3. Nach Art 44 unseres Reglements entscheidet nach der Erheblicherklärung das Parlament, ob das Geschäft zur Antragstellung einer Kommission oder dem Stadtrat zu überweisen ist. Das Parlament hat dazu, das ist richtig, keinen klaren Auftrag erteilt. Der damalige Ratspräsident hätte eigentlich klar darauf pochen müssen. Doch auf jeden Fall braucht es, gemäss unserem Reglement, einen Antrag. Und wenn dazu keine Kommission bestellt wird, muss der Antrag vom Stadtrat kommen.

Und das ist, wir haben das gehört, seither geschehen:

- Der Stadtrat hat eine Kommission bestellt, ohne Antrag an das Stadtparlament und ohne Vernehmlassung. Das war voreilig und wenig durchdacht. Wir sehen in dieser Kommission auch keine eigentliche Volksvertretung. Wir sehen das Fussvolk und das Velovolk in dieser Kommission nicht vertreten.
- Der Stadtrat hat eine Kommission bestellt, ohne bei der Zusammensetzung „unterschiedliche Interessen und Ansichten“ gemäss Reglement gebührend zu berücksichtigen. Dem klaren Motionsauftrag, auch Volksvertreter aus dem Parlament zu berücksichtigen, wurde nicht entsprochen. Geschah das bewusst, ist dies ein Affront gegenüber dem Parlament, geschah es unbewusst, ist es gedankenlos und leichtfertig.

Fazit:

- Die SVP-Fraktion ist empört, dass kein Antrag des Stadtrats vorliegt, der diesen Namen verdient. Die SVP-Fraktion vertritt die Meinung, die Kommission müsse gemäss Motionstext, also mit Vertreter aus dem Parlament zusammengesetzt werden. Die Kommission ist jetzt, aus welchen Gründen auch immer, zu einseitig zusammengesetzt. Das widerspricht dem Willen der Motion und auch der Gemeindeordnung.

Die SVP unterstützt den Antrag von Peter Gubser auf Rückweisung an den Stadtrat zur Überarbeitung und zur Vorstellung eines richtigen Antrags.

Silke Sutter Heer, FDP: Vorab eine ganz persönliche Bemerkung. In der Kommission, wir haben es gehört, ist Ursula Rorschach. An die Adresse von Peter Gubser: Ursula Rorschach ist seit 20 Jahren Mitglied der Feuerwehr, setzt sich ein für die Bevölkerung von Arbon und ist ein Teil der Bevölkerung von Arbon, auch wenn sie zusätzlich bei der Stadt Arbon angestellt ist. Das diskreditiert sie nicht als Mitglied dieser Verkehrskommission. Es wurden alle in Bausch und Bogen wirklich schlecht gemacht. Zweites Mitglied, Raphael Künzler, auch da muss ich mir die Augen reiben. Er ist hier aufgewachsen, zur Schule gegangen, arbeitet hier und lebt hier. Jetzt wird ihm noch vorgeworfen, dass er zu viel macht für diese Stadt. Das kann ja wohl nicht im Ernst der Fall sein, dass wir uns hier despektierlich über Menschen äussern, die so viel für die Stadt leisten. Ich muss ihnen wirklich sagen, das macht mich zutiefst traurig und betroffen.

Noch inhaltlich zur Sache: Es wurde richtig gesagt, im Motionstext heisst es, „es sollen...die und die Vertreter in diese Kommission eingesetzt werden. Das kann aber aufgrund des Antrages bei der Bildung einer Fachkommission nur als Anregung verstanden werden. Es wurde mehrfach gesagt, das Volk hat den Art. 43 der Gemeindeordnung gut geheissen. Danach hat der Stadtrat als abschliessende Entscheidungsinstanz die Wahl der Fachkommission vorzunehmen. Wenn man etwas anderes will, muss man etwas anderes verlangen.

Diese Kompetenz, und das habe ich schon x-fach wiederholt, kann nun einfach nicht durch eine Motion, welche in einem untergeordneten Gesetz geregelt ist, ausgehebelt werden. Das wäre so, dass wir die Verfassung von Arbon aushebeln und damit den Willen des Volkes aushebeln, das geht meines Erachtens nicht. Deshalb bin ich wie mein Vorredner, Cyrill Stadler dafür, dass wir nun wirklich diese Sache abschliessen, es zur Kenntnis nehmen, dass der Stadtrat das jetzt beschlossen hat diese Besetzung, und uns in Zukunft Gedanken machen, wie das formell abgeschlossen werden soll, wenn derart widersprechende Anträge gestellt werden. Meines Erachtens hätte man es lassen können, indem man heute Abend einen Beschluss gefasst hätte, „wir nehmen das zur Kenntnis“ und dass das in Form eines schriftlichen Antrags gekommen ist. Der Stadtrat hat sich für einen mündlichen Antrag entschieden, ich denke aber, im Büro kann man diskutieren, wie man künftig mit solchen Verfahren umgeht, und das werden wir dann in Zukunft so machen können.

Roman Buff, CVP/EVP: Ich fasse mich kurz. Ich bin auch für Abschluss dieser Sache. Ich finde es schade, dass es der Stadtpräsident nicht so gemacht hat, wie wir es eigentlich ihm vorgeschlagen haben, und dass ein Antrag kommt. Es ist leider kein Antrag gekommen, sonst wäre alles viel einfacher, Wir haben sogar die Formulierung mitgegeben, wie man dies machen könnte. Trotz allem bin ich für einen Abschluss.

Riquet Heller, FDP: Ich habe meine Vorrednerin Silke Sutter zu unterstützen, dies auch, weil das Geschäftsreglement gegen eine weitere Behandlung dieser Motion spricht. Art. 44, auf den du aufmerksam gemacht hast, Andrea Vonlanthen, spricht im Abs. 1 über die Motion: „Die Motion ist ein Auftrag an den Stadtrat, einen Beschlussesentwurf über eine Angelegenheit vorzulegen, die nicht in die abschliessende Zuständigkeit des Stadtrates fällt“. Eine Fachkommission ist eine Sache, die in die abschliessende Zuständigkeit des Stadtrates fällt. Demzufolge ist schon das Gefäss, in das gegossen wurde, falsch. Es kann nicht Gegenstand einer Motion sein, deshalb Abbruch der Übung, Kenntnisnahme des Vorgehens des Stadtrates und das nächste Geschäft in Angriff nehmen. Im Übrigen, ich bin sehr froh, dass förmlich so gehandelt wird, nämlich Erledigung der Motion. Bei der Erledigung der Motion von Kollege Schmid an letzter Parlamentssitzung haben wir nicht den Abschluss der Motion erklärt. Hier bitte ich um Klarheit, dass das Geschäft begraben ist und nicht wieder erweckt werden kann.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Sind keine weiteren Wortmeldungen mehr, stimmen wir über den Antrag von Peter Gubser „Rückweisung des Geschäftes zur Überarbeitung des Beschlusses 15/14“ ab.

://: Der Antrag von Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso, Rückweisung des Geschäftes an den Stadtrat und Überarbeitung, wird mit 16 zu 9 Stimmen angenommen.

3. Aufgaben und Leistungsüberprüfung

Diskussion

Die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung, Massnahmen zur Optimierung der finanziellen Lage der Stadt Arbon, wurde ihnen vorgängig per Mail und mit Versand vom 7. Oktober zugestellt. Sie konnten in ihren Fraktionen die Unterlagen studieren, darüber beraten und diskutieren.

Zum Vorgehen: Wir werden vorgängig ein Eintreten machen und anschliessend, falls gewünscht, Diskussion führen. Wird die Diskussion gewünscht, bitte ich sie zur besseren Verständlichkeit, auch für die Gäste und Interessierte hier im Saal, dem Ablauf der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung Seite um Seite zu folgen und nicht quer durch die Unterlagen zu diskutieren. Um kurze Voten und nur ein Votant pro Fraktion und Thema wird gebeten. Voraussichtlich wird um 21.00 Uhr eine Pause eingelegt.

Cyrill Stadler, FDP: Ich habe sie bereits per Mail vorinformiert, dass ich diesen Antrag stellen werde: „Führen einer intensiven Eintretensdebatte mit Würdigung der vorliegenden Aufgaben- und Leistungsüberprüfung. Auf ein ‚Abarbeiten‘ aller einzelnen Seiten und Massnahmen ist zu verzichten“. Peter Gubser hat mir dann noch geantwortet, dass es in der vertieften Eintretensdebatte aber auch möglich sein soll, auf einzelne Massnahmen einzugehen. Damit kann ich mich selbstverständlich einverstanden erklären. Ich bitte sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Andrea Vonlanthen, SVP: Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich sie, diesen Antrag abzulehnen. Wir haben hier ein sehr, sehr wichtiges Geschäft, und darüber soll nicht nur grundsätzlich in einem Eintreten diskutiert werden, sondern soll auch materiell diskutiert werden können. Das heisst nicht, dass man alle 30 Geschäfte und Projekte im Detail diskutieren soll, aber man soll die wesentlichen diskutieren können und die unterschiedlichen Meinungen jeweils wirklich direkt zur Kenntnis nehmen können. Für uns ist es klar, wir brauchen eine Eintretensdebatte und eine materielle Debatte, wie bei allen wichtigen Sachgeschäften.

Roman Buff, CVP/EVP: Ich bitte sie im Namen unserer Fraktion, dass wir das so machen, wie es Cyrill Stadler vorschlägt mit der Zugabe, dass man gesamtheitlich, wie es Peter Gubser im Mail erwähnte, über einzelne Sachgeschäfte wirklich beraten oder würdigen kann. Wenn wir Seite um Seite vorgehen, dann werden wir um 11.00 oder 12.00 Uhr noch hier sein. Das macht keinen Sinn, weil ja die Massnahmen, die werden bis 2020 budgetwirksam. Wir müssen das dann im Rahmen eines Budgets zu dieser Zeit behandeln können und wir müssen jetzt die Massnahmen behandeln, die 2015, allenfalls 2016 budgetwirksam werden und das zusammenfassen. Ich bitte sie, den Antrag der SVP-Fraktion abzulehnen.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich finde es richtig, wenn wir zuerst eine Eintretensdebatte haben und uns grundsätzlich zum ganzen Papier äussern können, summarisch. Nachher aber bin ich auch der Meinung, dass man über einzelne Massnahmen diskutieren müsste.

Ich bin eigentlich überzeugt, dass es keine fünfstündige Übung geben wird bis morgens um 1.00 Uhr. Ich kann ihnen versichern, dass von unserer Seite, immerhin von der grössten Fraktion in diesem Rat, vier bis fünf Wortmeldungen kommen zu einzelnen Geschäften. Wenn das bei den anderen Fraktionen auch so ist, dann würde sich das eigentlich vertragen. Ich meine, es sei nicht nötig, so wie das Cyrill Stadler es fordert, einfach nach der Eintretensdebatte Schluss zu machen. Ich finde, es sei auch wichtig für den Stadtrat, dass er weiss, wie sich die Fraktionen zu einzelnen Massnahmen stellen.

Präsidentin Christine Schuhwerk

://: Der Antrag von Cyrill Stadler, FDP „Führen einer intensiven Eintretensdebatte mit Würdigung der vorliegenden Aufgaben- und Leistungsüberprüfung, auf ein ‚Abarbeiten‘ aller einzelnen Seiten und Massnahmen ist zu verzichten, wird mit 7 Ja- zu 18 Nein-Stimmen abgelehnt.

Präsidentin Christine Schuhwerk: So gehen wir weiter, wie wir es vorgeschlagen haben. Ein kurzes Eintreten und anschliessende Diskussion. Die Redezeit wird auf höchstens fünf Minuten beschränkt, dann wird abgebrochen und der nächste Votant setzt die Diskussion fort.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Entschuldigen sie Frau Ratspräsidentin, wenn sie eine Redezeitbeschränkung von fünf Minuten machen, schon in der Eintretensdebatte, dann kann ich nicht einverstanden sein. Wenn man dieses Papier würdigen will und ich bin eigentlich nicht ein Mann der langen Reden, aber fünf Minuten ist sehr knapp, um zu diesen umfangreichen Massnahmen Stellung zu nehmen. Ich denke eigentlich schon, man dürfte in der Eintretensdebatte etwas länger sprechen. Bei den einzelnen Vorschlägen nachher, da bin ich einverstanden mit dieser Redezeitbeschränkung.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Peter Gubser, wir nehmen das zur Kenntnis und gebe das Wort nun an Stadtmann Andreas Balg.

Stadtmann Andreas Balg: Es ist mir wichtig, einleitend ein paar Punkte zu beleuchten, damit einerseits das Verständnis für die Abarbeitung und Hintergründe etwas klarer werden.

Sie haben im Bericht 53 Massnahmen, 14 vom Stadtrat unzweckmässig bewertete Massnahmen, die sind auf Seite 39 dokumentiert und 29 zweckmässige Massnahmen, das sind die Massnahmen, die sie von Seite 14 bis 38 finden. Wichtig von unserer Seite: Wir zeigen den gesamten Umfang unserer Arbeit und geben volle Transparenz und Offenheit weiter.

Die zweckmässigen Massnahmen sind wie folgt eingestuft: Es gibt eine Beurteilung, diese wird unterschieden mit einem grünen oder gelben Punkt. Der grüne Punkt bedeutet: Umsetzung, vergleichsweise einfach, gelber Punkt: Vorbehalte zur Umsetzung. Dann haben sie die finanzielle Wirkung und eine Priorität.

Priorität 1: rasche Umsetzung

Priorität 2: baldige Umsetzung

Priorität 3: gelegentliche oder vielleicht gar keine Umsetzung.

Ich gebe zwei Beispiele dazu: Eine Massnahme mit Vorbehalt zur Umsetzung und Priorität 3, die Schlichtungsstelle für Miete und Pacht, bringt der Stadtkasse relativ wenig und ist aufwändig, weil hier weitere Gemeinden involviert sind. Das heisst hier, würde eine spätere Umsetzung erfolgen und müsste nicht gleich intensiv diskutiert werden, wie das andere Beispiel. Eine Massnahme betreffend Kappeli, Minimierung der Investition zeigt jährlich einen raschen Effekt, und da die Kompetenz beim Stadtrat liegt, wurden hier bereits erste Schritte eingeleitet. Soviel zum besseren Verständnis.

Dann zur Ausgangslage: Wir geben mehr aus als wir einnehmen. In diesem Zusammenhang sind uns insbesondere drei Punkte wichtig.

Absolut das wesentlichste Kriterium für Arbon ist die Entwicklung. Es ist ein Glück, dass die NLK realisiert ist, dass das WerkZwei erschlossen wurde und hier die Entwicklung stattfinden kann. Nur so stellen wir sicher, dass wir zusätzliche Einwohner bekommen und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen können. Das heisst, eine Priorität liegt insbesondere bei dieser guten Unterstützung der entsprechenden Entwicklung, eine grosse Herausforderung bezüglich Arbeitslast und Finanzierung, das ist uns bewusst, aber wenn es uns nicht gelingt, dann wird es für Arbon deutlich schwieriger.

Der zweite Punkt: In der Vergangenheit wurde nicht genügend in den Unterhalt investiert. Es gibt da entsprechende Rechenbeispiele. Der Stadtrat ist nicht bereit, das so weiter fortzusetzen. Der Nachholbedarf wird uns so oder so einholen und wir haben dann keine Chance, zu einem späteren Zeitpunkt die wesentlich grösseren und höheren Kosten stemmen zu können.

Der dritte Punkt, zu den Soziallasten: Arbon trägt seit Jahren, wahrscheinlich sogar seit Jahrzehnten überproportional Soziallasten ohne zu murren. Das kann und darf so nicht weiter gehen. Inwiefern es uns gelingt, hier die entsprechenden Massnahmen einzuleiten und die übergeordneten Instanzen zu motivieren, wird sich zeigen. Eine Besprechung ist bereits anberaumt, dies mit den Parlamentsvertretern aus dem Kanton.

Der aktuelle Druck zwingt uns, Farbe zu bekennen und Prioritäten zu setzen. Im Bericht, das haben sie gesehen und das ist eine sehr treffende Formulierung: „die tiefen Früchte sind schon geerntet“. Die Verwaltung ist bereits heute kostenbewusst, gut organisiert und erbringt eine hohe Leistung. Der Stadtrat spricht die Ausgaben nur da, wo der Nutzen grösser ist als der Aufwand.

Zwei, drei Bemerkungen zu den Massnahmen: Es braucht Massnahmen auf allen Ebenen. Wir müssen die Ertragssituation verbessern, wir müssen die Leistungen da abbauen, wo es verträglich ist. Wir müssen Beitragsabbau betreiben, wir müssen Gebühren anpassen oder zumindest überprüfen. Wir müssen uns Gedanken über die Regionalisierung, Optimierung in diesem Bereich machen, und wir müssen Beteiligungen oder Besitze der Stadt gut überdenken, und alles, was strategisch nicht wichtig ist, muss diskutiert werden, ob es veräussert werden kann.

Das Resultat der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung sind diese eben erwähnten 29 Massnahmen, und wenn wir so, wie vorgeschlagen umsetzen, haben wir eine Chance, bis 2020 2 Mio. Franken einzusparen. Der Aufruf an sie: Bedenken sie das, und alles was sie uns zur Streichung empfehlen, wird unsere Situation deutlich erschweren.

Unser Ziel ist es einen ausgeglichenen Finanzhaushalt, wenn möglich ohne Steuererhöhung zu erhalten.

Eine letzte Bemerkung: Die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ist ein Arbeitspapier und wird laufend aktualisiert und ergänzt, Projekte werden nachgeführt. Das bedeutet, es können neue Themen mit aufgenommen werden und alte eine Entwicklung erfahren.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Wir kommen zum Eintreten.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Eigentlich hätte ich eine Verschnaufpause gewünscht für mich, breche somit hier das Eis mit der Beurteilung dieses Papiers, das wir erhalten haben. Dieses Papier der Beurteilung was wir erhalten haben, haben wir in der Fraktion der SP-Gewerkschaften und Juso an unserer Fraktionssitzung heiss diskutiert. Es war eine ganz spannende Diskussion und zumindest diese spannende Diskussion über sozialdemokratische Finanzpolitik hat dieses Papier gebracht. Wie gut allerdings die Fr. 100'000.-- angelegt sind, das ist eine andere Frage.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind klar dafür, dass gespart wird, dass nicht das Geld mit vollen Händen aus dem Fenster geworfen wird. Es gibt auch unserer Ansicht nach Sparmöglichkeiten, es gibt aber auch Möglichkeiten der Mehreinnahmen, und beides ist nötig, um die Finanzen unserer Stadt wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Das ist sicher ein positiver Punkt dieses Papiers, dass es aufgezeigt hat, wie schlecht es eigentlich um die Finanzen der Stadt steht. Es ist für eingeweihte Kreise nichts Überraschendes, es ist auch nicht etwas Neues. Seit einigen Jahren muss man das so feststellen.

Diese Analyse hat in der Sekundarschulgemeinde der Finanzvorstand gemacht, und dazu muss nicht ein Büro organisiert werden. Bei diesem ganzen Papier steht so der Wille im Vordergrund: nur ja nicht eine Steuerfusserhöhung. Es wird alles auf Steuerprozente umgerechnet. Daraufhin habe ich auf meiner Steuererklärung nachgesehen, wieviel ist denn für mich selber ein Steuerprozent. Für mich ist es, als ich noch voll berufstätig war und als Lehrer eigentlich gut verdient habe, auch noch etwas Zusatzverdienst hatte mit Behördentätigkeit, das sind Fr. 48.-- im Jahr. Das ist für mich ein Steuerprozent. Wenn jetzt in diesem Papier also steht, diese Massnahme kostet 0,07 Steuerprozent, dann heisst das, das kostet für mich persönlich Fr. 3.--.

Dieses Festhalten am Steuerfuss finde ich problematisch. Auch ich bin der Meinung, dass es schwierig ist, in Arbon über eine Steuerfusserhöhung zu diskutieren, nachdem Arbon den höchsten Steuerfuss der politischen Gemeinden im Thurgau hat. Es darf unserer Ansicht nach nicht tabu sein, denn in den letzten Jahren haben die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wesentliche Ermässigungen bekommen. Ich selbst war ungefähr in vier Kommissionen des Kantonsparlaments, die das Steuergesetz geändert haben. Durch diese Änderungen des Steuergesetzes ist die Vermögenssteuer wesentlich reduziert worden, die Freibeträge dort wurden erhöht, es wurden wesentlich höhere Abzüge beschlossen. Für juristische Personen wurden die Steuern ganz wesentlich reduziert. Es gab eine Senkung der Einstufungstarife, und es wurde beschlossen, jährlich die kalte Progression auszugleichen. Das hat für den einzelnen Steuerzahler und für die einzelne Steuerzahlerin eine wesentliche Reduktion der Steuern gegeben.

Wenn sie jetzt sagen, ja ich muss doch immer mehr Steuern bezahlen, dann vielleicht deshalb, dass sie auch mehr verdient haben, als in den Vorjahren.

Jetzt zu diesen Vorschlägen der Firma Hanser und Partner. Ich hätte es bevorzugt, wenn diese Vorschläge, dieses Beratungsbüro durch den Stadtrat kritischer behandelt worden wäre, und dann eben nur diejenigen Vorschläge zu uns in den Rat gekommen wären, die auch umgesetzt werden können. Das ist nicht der Fall. Man versteht auch nicht, sind das hier die Vorschläge von Hansen und Partner oder sind das die Vorschläge des Stadtrates, oder sind das die Vorschläge irgend sonst eines Gremiums. Man konnte in der Zeitung lesen, dass dieses Papier bereits in einem FDP-Zirkel vorher diskutiert wurde. Es ist nicht klar.

Jetzt zu den einzelnen Massnahmen, die hier vorgeschlagen werden. Es gibt Massnahmen, die von unserer Seite klar befürwortet werden, und es gibt andere Massnahmen, die klar abgelehnt werden. Wir werden dann zu den einzelnen Massnahmen sicher noch sprechen. Klar ist für uns, dass verschiedene Gebühren und Zinse angepasst werden müssten, wenn denn eine Überprüfung gezeigt hat, dass wir zu niedrig sind. Wenn wir so schon in einem hohen Level sind, dann ist es fraglich, wie man dort noch anpassen kann. Wo wir uns sicher wehren, ist, wenn es darum geht, die Vereine, die sehr viel Freizeitarbeit leisten, deren ihre geringen finanziellen Mittel noch weiter zu schmälern, und wenn es darum geht, gewissermassen die Heimat zu verkaufen, sprich Schloss oder hier diesen Saal (Seeparksaal).

Roman Buff, CVP/EVP: Wir danken dem Stadtrat, dass er diese Aufgaben- und Leistungsüberprüfung so speditiv umgesetzt hat. Dies war nötig und gibt uns jetzt gewisse Perspektiven. Zu erwähnen ist, dass dies primär die Arbeit des Stadtrates beziehungsweise der Stadträte und der Verwaltung war und das beigezogene Büro den Prozess begleitet, die Aussensicht kritisch eingebracht und bei den Kostenzusammenstellungen und Formulierungen mitgeholfen hat. In Klammern ist zu erwähnen, Peter Gubser, dass bei der kürzlich gleichen Übung im Thurgauer Grossen Rat auch eine externe Beratung, nämlich aus Basel, die Arbeit des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung mitbegleitet hat.

Das Papier zeigt auf, welche Aufgaben und damit Ausgaben gesetzlich zwingend vorgegeben sind und damit nicht beeinflusst werden können. Das Papier zeigt aber auch auf, wo Handlungsspielraum besteht. Dieser ist nicht gross, hat doch kürzlich das Beispiel Frauenfeld gezeigt, dass insgesamt nur fünf Prozent aller Ausgaben beeinflusst werden können. Dieses Arbeitspapier wird uns in den nächsten fünf Jahren vor allem bei der Budgetierung begleiten und somit macht es unserer Ansicht nach wenig Sinn, alle Massnahmen heute schon im Detail zu diskutieren.

Unsere Fraktion will sich heute vor allem über Massnahmen äussern, die schon 2015, allenfalls 2016 budgetwirksam werden. Es gibt grundsätzlich drei Ebenen, wo wir etwas ändern wollen: a) Verminderung der Kosten, b) Erhöhung der Einnahmen in der laufenden Rechnung und c) Vermehrung der Eigenmittel. Zudem sind natürlich der Steuerertrag und das Zinssatzniveau entscheidend.

Zusammenfassend sind wir für die Erhöhung der Eigenmittel. Die stadteigene Beteiligung ABV-Liegenschaften AG soll bestmöglich veräussert werden. Dieser Verkauf ist auch deshalb gerechtfertigt, weil die Förderung von günstigem Wohneigentum in Form von Beteiligungen durch die Stadt kaum noch effektiv und zeitgemäss ist. Zudem sind wir für den Verkauf oder Abgabe im Baurecht der städtischen Liegenschaften. Ein Verkauf des Schlosses kommt für uns nicht in Frage. Das Schloss soll einer Stiftung zugeführt werden, um Ausgaben und Aufwände auszulagern.

Auf der Einnahmenseite beurteilen wir die folgenden Vorschläge wie folgt:

Die Beteiligungsvorschläge der Stadt Arbon an der Institution Pflegeheim Sonnhalden, wie Zinseinnahmen für das Baurecht oder Umwandlung in eine Aktiengesellschaft zur Realisierung von Dividenden sind kaum realistisch, leistungsfremd und widersprechen bestehenden Abmachungen und Zusicherungen. Zudem müsste das Pflegeheim solche Abgaben den Heimbewohnern weiterverrechnen oder über Sozialleistungen wettgeschlagen werden. Hingegen sollte der Beitrag an das Pflegeheim von 1 Mio. Franken nicht über zehn, sondern zwanzig Jahren abgeschrieben werden, was bei den Ausgaben eine jährliche Entlastung von Fr. 50'000.-- bringen würde.

Die Gewinn- oder Dividendenausschüttungen der Arbon Energie AG an die Stadt, im Vergleich mit umliegenden Gemeinden, stimmen nachdenklich und sollten vom Stadtrat ernsthaft untersucht und überprüft werden. Entsprechende Erklärungen des Stadtrates und eine Diskussion im Stadtparlament werden erwartet.

Die vorgeschlagene Einführung einer Grundgebühr für die Haushalte bei der Abfallbeseitigung wird als moderat und zweckmässig eingestuft. Eine entsprechende Reglements-Änderung sollte der Stadtrat dem Parlament umgehend vorschlagen und begründen. Die Überprüfung der Gebühren wird sehr begrüsst, sollte dringend erfolgen und war vor wenigen Sitzungen bereits durch unsere Fraktion (Interpellation von Luzi Schmid) hier im Parlament schon massgeblich gefordert worden. Vermehrte Einnahmen durch moderate Tarifierhöhung des Schwimmbades begrüssen wir, hingegen Gebührenerhöhung des Seeparksaales, und mehr Einnahmen durch Vergrösserung der Parkieranlagen und damit zusätzlich vermehrte Bussengelder befürwortet unsere Fraktion nicht.

Auf der Ausgabenseite lehnen wir die vorgeschlagenen Einsparungen beim Jugendschutz (Kinderhaus), im Bereiche der Kulturförderung und Kürzung oder sogar Streichung der Vereinsbeiträge ab. Eine Bibliothek-Beitragsreduktion von Fr. 10'000.-- wäre wahrscheinlich verkraftbar, wenn andere Trägerschaften, wie Schulen, diesen Beitrag übernehmen.

Und zuletzt bei der öffentlichen Sozialhilfe lesen wir gerne, was schon die dringliche Interpellation von Roman Buff und Kaspar Hug betreffend „Explodierende Kosten Soziale Dienste“ vom 24. Juni 2014 gefordert hatte: Dass unter dem Lead der Stadt Arbon sich unsere Kantonsräte überparteilich für einen interkommunalen Lastenausgleich stark machen sollen. Wir denken, da sind wir mit der SP einig, dass wir uns auch über die heikle Diskussion einer Steuerhöhung Gedanken machen müssen, wenn wir uns auch dadurch nicht eben in einem Wahljahr beliebt machen.

Hanspeter Belloni, SVP: Als Sprecher der SVP-Fraktion wurde ich dazu auserkoren, die vorliegende Aufgaben- und Leistungsüberprüfung, wie es Roman Buff im Namen der Fraktionspräsidenten so trefflich formuliert hat, grundsätzlich zu würdigen. Ich werde aber im Gegensatz zu meinem Vorredner mich auf das Eintreten beschränken.

Es freut die SVP-Fraktion, dass sich der Stadtrat dazu entschlossen hat, diese Überprüfung anzupacken. Dafür darf sich der Stadtrat auch loben. So wie er es in der Medienmitteilung vom 24. September oder auf der Seite 4 des Berichtes getan hat. Auch wenn dies von der gesamten Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK) schon seit längerer Zeit gefordert wurde.

Sogar der Stadtrat selber betrachtet in seinem Summary die finanzielle Situation der Stadt als kritisch. Das predigt die Fraktion der SVP bereits seit einiger Zeit. Früher wurden wir dafür aufgrund der Mehreinnahmen bei den Steuern immer wieder nur belächelt.

Doch leider ist es dem Stadtrat nicht gelungen, mit dieser Aufgaben- und Leistungsüberprüfung nachhaltige Sparmassnahmen aufzuzeigen. Im Gegenteil, das Fazit könnte lauten: „Ausser Spesen nicht viel gewesen“. Für uns stellt sich nun noch drängender die Frage, ob der Stadtrat überhaupt nachhaltig sparen will. Ich habe Zweifel an den Aussagen von Stadtpräsident Andreas Balg.

Vielmehr spart man auf dem Buckel der Vereine und der Kulturellen Institutionen, welche sonst schon Mühe bekunden, ihre Ausgaben zu decken und ehrenamtliche Idealisten zu finden. Oder der Stadtrat erfindet Massnahmen, wie die Überführung der Genossenschaft Sonnhalden in eine Aktiengesellschaft, wo dann aufgrund einer angeblichen ersten Analyse der Erfolgs- und Planerfolgsrechnung, eine jährliche Dividende von mindestens Fr. 200'000.-- bis Fr. 500'000.-- möglich sein müsste.

Es werden ferner Massnahmen aufgezeigt, die keine eigentlichen Sparmassnahmen sind, weil die Gelder aus den Spezialfinanzierungen kommen und somit die Rechnung nicht direkt entlasten.

Da kann kürzlich beim Konzert der Stadtmusik und der Jugendmusik Arbon in diesem Saal der Funke noch so gut rüber springen, wenn die Miete des Seeparksaals für den Verein zu einer übermässig grossen Last wird. Sogar hier will man die einheimischen Nutzer noch mehr "rupfen". Schlicht inakzeptabel findet die SVP-Fraktion das Vorgehen beziehungsweise den Ablauf zur Erstellung dieser Aufgaben- und Leistungsüberprüfung.

Wir fassen zusammen:

- Es wurden keine Offerten eingeholt.
- Lediglich das Kostendach von Fr. 100'000.-- wurde mit der Firma BHP, Hanser und Partner AG, festgelegt-
- Keine Gegenofferte zum Beispiel bei der Firma Malik Management St. Gallen, welche für die Stadt Gossau, wohlverstanden, die gleiche Überprüfung erstellt hat.
- Stadtrat und Abteilungsleiter wurden jeweils ½ Stunde von der Firma BHP befragt.
- Die Empfehlungen sind mehrheitlich von der Firma BHP gekommen.
- Ein Vergleich: Gossau hat während nur drei Tagen mit einer Projektgruppe von 28 Personen aus Stadtrat, Stadtparlament und Stadtverwaltung mit fachlicher und methodischer Unterstützung der Malik Management St. Gallen einen sogenannten Syntegrationsprozess durchgeführt. (Syntegration = gemäss Wikipedia = Wissensvernetzung)
- In Arbon bestand die Kerngruppe aus vier Mitgliedern, Andras Balg, Patrick Hug, Mischa Vonlanthen und Alexander Stojkovic, kein Einbezug der Volksvertreter.
- Dafür wurden, wie bereits von Peter Gubser erwähnt, FDP-nahe Persönlichkeiten, also Parteikollegen des Stadtammanns, zur Beurteilung beigezogen, wie Rolf Städler (deren Awit-Gruppe bekanntlich auch den Auftrag für das Gastrokonzept erhalten hat, sowie Max Gimmel.
- Anlässlich der ersten Vorstellung dieser Überprüfung stand auf dem Titelblatt, datiert vom 11. September 2014, noch "Schlussbericht zuhanden des Stadtrates".
- Bei der druckfrischen Auflage, welche sie erhalten, steht 24. September 2014. Es stand nichts mehr geschrieben vom Schlussbericht zuhanden des Stadtrates.
- Also brauchte der Stadtrat gerade mal 13 Tage oder 9 Arbeitstage, um die Massnahmen im Stadtrat zu beschliessen. Gemäss Internet fanden Stadtratssitzungen am 8. und am 22. September statt. Da werde ich meinen Verdacht einfach nicht los, dass nicht der ganze Stadtrat in die Entscheidungsprozesse einbezogen wurde. Vielleicht wird uns das der Stadtammann noch widerlegen.
- Gossau hat, allerdings inklusive den Schulen, 37 zweckmässige Massnahmen definiert. Arbon brachte es auf 30 Massnahmen, welche mehrheitlich deckungsgleich sind.

- Da stellt sich der SVP-Fraktion automatisch die Frage, ob man die Überprüfung von Gossau nicht einfach hätte kopieren können, um sie dann an die Verhältnisse von Arbon anzupassen? Oder hat dies die Firma BHP gemacht und dafür noch Fr. 100'000.-- abkassiert?

Nebst dem sehr fragwürdigen Vorgehen fehlen der SVP-Fraktion in der Überprüfung folgende Punkte:

- Keine Überprüfung in der Verwaltung. Die Arboner Verwaltung arbeitet als einzige Gemeinde im Thurgau und im Gegensatz zur kantonalen Verwaltung immer noch nur 41 Stunden in der Woche.
- Keine Überprüfung des Stellenetats der Verwaltung und vor allem bei neu geschaffenen Stellen wie die des Wirtschaftsförderers, welche das Parlament (die Volksvertreter) im übrigen abgelehnt hat.
- Keine Überprüfung der Arbeitsorganisation und -effizienz im Stadtrat. Der Arboner Stadtmann ist der einzige im Kanton, der selber nach wie vor kein Ressort führt.
- Vorübergehender Verzicht auf Standortmarketing Fr. 30'000.--.
- Eventuell Reduktion auf nur noch 1 amtl. Publikationsorgan, nämlich den „felix“, Ersparnis circa Fr. 40'000.--.
- Kürzungen bei öffentlichen und internen Veranstaltungen. Wie wäre als Beispiel einmal ein Neujahrsapéro mit nur noch einer Bratwurst vom Grill und einem Glühmost vom Möhl, beim gemütlichen Zusammensein, draussen an der frischen Luft?
- Sparmassnahmen bei der Informatik?

Fazit:

Es ist nicht das erste Mal, dass der Stadtrat sehr viel Geld für externe Studien ausgibt. Mittlerweile werden aber bereits auch Kernkompetenzen wie die einer Bauverwaltung an Externe vergeben, nur weil man sich scheut, für die Ausschreibung der Stelle einmal einen Profi beizuziehen. So bleibt von der grundsätzlichen Würdigung für diese Aufgaben- und Leistungsüberprüfung nicht mehr viel übrig. Der Stadtrat hat es einmal mehr geschafft, dass noch mehr Misstrauen und Unverständnis in der Bevölkerung verbreitet wird. (siehe Gastrokonzept)

Die Fraktion der SVP ist im Anschluss an das Eintreten einstimmig für eine Diskussion der einzelnen Massnahmen.

Begründung:

Damit der Stadtrat als Kompetenzträger bei einzelnen Massnahmen weitermachen kann, sollte er sinnvollerweise die Meinung der Volksvertreter anhören. Aus unserer Sicht beschränkt sich die Diskussion allerdings auf höchstens 14 von den 29 zusammengestellten Massnahmen und wird sich relativ kurz halten.

Cyrill Stadler, FDP: Der Stadtrat hat uns dieses Strategiepapier zur Aufgaben- und Leistungsüberprüfung überlassen, und wir behandeln dieses heute als Gesamt-Papier in diesem Rat. Vorausgegangen ist dieser Diskussion heute Abend schon ein frohes Leserbriefschreiben im „felix“, im St. Galler Tagblatt und in diversen Publikationen. Der Grundtenor ist bei den meisten Leserbriefen einheitlich: hier darf nicht gespart werden, und hier darf nicht gespart werden und da gerade auch nicht. Peter Gubser geht in seinem Leserbrief vom 3. Oktober im „felix“ so weit, dass er das Gesamt-Papier mit der Überschrift „Untaugliche Sparvorschläge“ versieht. Zum Papier als solches schreibt Gubser, es sei unbrauchbar und eine Zürcher Beratungsfirma am Werk, die keine Ahnung hat von den politischen Verhältnissen in Arbon. Es gebe in der Rechnung schon Sparmöglichkeiten, so Gubser weiter, man solle keine solchen untauglichen Berichte mehr von Zürcher Beratungsbüros produzieren lassen.

Ich möchte an dieser Stelle an die Parlamentssitzung vom 3. Dezember 2013 erinnern, damit ich nicht auch noch im Stadtrat-Bashing mitmache. Die FGK unter dem Präsidium von Lukas Graf empfiehlt dem Stadtrat explizit, für die Erarbeitung von Sparvorschlägen auf eine solche externe Beratungsfirma zurückzugreifen.

Bernhard Bertelmann von der Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso verstärkt in seinem Votum noch, ich zitiere: „Wir empfehlen dem Stadtrat dringend, externe Hilfe in Anspruch zu nehmen. So hat es Gossau gemacht, wo das Parlament nach einer externen Analyse Sparmassnahmen im Rahmen von 2 Mio. Franken verabschiedet hat, und so macht es auch der Kanton Thurgau, wo mit externer Hilfe Sparpotential gesucht wird, in dem mit anderen Kantonen verglichen wird“.

Wenn wir jetzt ein paar Monate später wieder hierher kommen und demselben Stadtrat mit ein bisschen anderen Argumenten und Vorzeichen sagen: hallo Kameraden, jetzt habt ihr da eine externe Beratungsfirma organisiert und wir wollten das gar nicht, verstehe ich die Welt nicht mehr so ganz. Ich kann mich auch erinnern an eine Diskussion, ich bin mir nicht mehr ganz sicher, ob es in der FGK oder hier im Rat war, als das Stichwort Malik gefallen war, hat irgend jemand entgegnet, diese HRS-Typen müssten es dann nicht sein. Der Stadtrat hat jetzt eine andere Beratungsfirma gewählt und die ist jetzt auch wieder nicht recht.

Ich bleibe noch etwas bei den Leserbriefen und will es nicht auslassen, Kollege Testa in die Pflicht zu nehmen. Er schreibt in seinem de-facto vom 10. Oktober, dass er eine Steuererhöhung mit allen Mitteln bekämpfen will. Zu erwähnen wären da noch die de-facto von Kollege Auer, der sieht, Zitat: „Wichtigste Ursachen der finanziellen Probleme sind die grossen Investitionen in die Strassen“, und die Kollegin Strauss, die festhält, dass wir nicht bei den Gastrobetrieben ansetzen dürfen.

So da steh ich nun ich armer Tor und bin so klug als wie zuvor.

Nach dem Studium aller Lesebriefe, konnte ich zweifelsfrei identifizieren, wo meine Volksvertreter-Kollegen nicht sparen wollen. Wo denn aber nun zu sparen sei, konnte ich mit einer Ausnahme, das hat Peter Gubser noch nachgeschoben, wo man zwei zusätzlich Berlinkissen einsparen könnte, nicht in Erfahrung bringen. So gehe ich davon aus, dass das Parlament einfach nichts anderes entscheiden kann und will, als eben der Bevölkerung eine Steuererhöhung vorzuschlagen. Man kann mit grosser Eindeutigkeit im Bericht der Zürcher-Berater, die zwar keinen Ahnung von politischen Verhältnissen und örtlichen Begebenheiten in Arbon haben, lesen: Die zu erwartende finanzielle Entwicklung Arbons ist problematisch und risikobehaftet, und Massnahmen zur Erreichung eines ausgeglichenen Finanzhaushalts sind unerlässlich. Daneben habe ich im Bericht noch einen sehr interessanten Bericht betreffend der Fremdkapitalsituation gefunden. Die habe ich aber anlässlich meiner Motion in diesem Gremium schon eingebracht und bin hochkant gescheitert.

So hoffe ich, wir können uns aufrufen, anzuerkennen, was die Kernaussagen genau aus diesem Papier sind und zielstrebig an Verbesserungen weiterarbeiten. Zusammen mit, und ich meine das wirklich, mit dem Stadtrat, auch wenn gerade mal eben wieder der Wahlkampf losgegangen ist. Als Hilfe für die nicht immer gerecht kritisierte Exekutive mag ein eindringlicher Songtext von Udo Lindenberg dienen: „Ich mach mein Ding, egal was die anderen sagen, ich mach meinen Weg“. Übrigens der gesamte Songtext ist noch lohnenswert, ein recht gelungener Song.

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich spreche heute nicht als FGK-Präsident, sondern als Parlamentarier, auch wenn meine Meinung über den Bericht hier grundsätzlich sich nicht von anderen unterscheidet. Ich bin immer noch der Meinung, wir haben es hier mit einem guten Bericht zu tun, mit einer wertvollen Analyse, mit einem hilfreichen Arbeitsinstrument, vor allem aber auch für den Stadtrat, in dessen Sinn es auch diverse Folgeaufträge gibt. Sehr gut finde ich die Analyse am Anfang, die in verschiedenen Szenarien aufzeigt, was passieren wird, wenn wir jetzt nichts machen, was passieren wird, wenn sich externe Umstände ändern. Ich finde auch diverse Massnahmen sind unterstützenswert. Ich glaube auch, wir müssen in allen Bereichen sparen, wir dürfen auch nicht sagen, in gewissen Bereichen dürfen wir gar nichts sparen. Es gibt auch zum Teil, so denke ich Bereiche, wo es Sinn macht, wenig zu sparen, auszuloten, kann man wenig sparen. Man redet dann davon, dass es mehr Schaden ist als Nutzen. Ich glaube aber zum Teil, wenn wir anfangen zu sagen, wir dürfen hier auf keinen Fall sparen und hier auch nicht, wie es Cyrill Stadler erwähnt hat, dann kommen wir gar nirgendwo hin.

Ich denke aber auch, dass nicht alle Massnahmen umsetzbar sind in diesem Werk und zum Teil hat es wirklich Massnahmen drin, die für mich überhaupt nicht in Frage kommen, die auch nicht sinnvoll sind. Ich denke, wir kommen dann bei der Budgetberatung darauf zurück. Diese wichtige Diskussion findet dort statt, wo wir dann Anträge stellen können. Ich finde es wichtig, dass wir nicht in kollektive Aufregung verfallen und uns einfach hier ein wenig öffentlichkeit-wirksam aufregen, um zu zeigen, dass wir auch nicht dafür sind, dort und dort zu sparen. Wie gesagt, ich werde auch verschiedene Anträge für Sparmassnahmen nicht unterstützen. Wenn wir aber immer davon reden, dass es Wünschbares vom Notwendigen zu trennen gibt, und das dann bei jeder Budgetsitzung dreimal, dann glaube ich müssen wir das hier, respektive nicht hier und heute, sondern am 9. Dezember das beweisen.

Ich will aber doch nochmals auf etwas zurückkommen. Ich finde, man kann diese Einstellung vertreten und ich bin da positiv überrascht von der CVP. Wenn wir finden, dass es gewisse Massnahmen gibt, die sich nicht lohnen, wenn wir sagen, der Leistungsabbau ist für unsere Stadt zu schmerzhaft, dann müssen wir konsequenterweise aber auch für eine Steuererhöhung sein. Was nicht geht und nicht glaubhaft ist, auch nicht vernünftig ist, ist wie gesagt, sich öffentlichkeitswirksam aufzuregen, alles abzulehnen und dann wenn es um eine Steuererhöhung geht, dann zu sagen: nein das kommt auf keinen Fall in Frage. Also ich bin schon der Meinung, habe mich noch nicht überall festgelegt, es gibt Sparpotential, es könnte aber sein, dass wir nichts destotrotz bald hier wieder über die Steuern diskutieren müssen und dürfen uns dem nicht vollständig verschliessen.

Stadtrat Patrick Hug: Besten Dank für ihre konstruktiven und auch kritischen Voten zum Eintreten. Es ist richtig, die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ist nicht eine Erfindung der Stadt Arbon. Auch der Kanton Thurgau führt eine sogenannte LÜP durch. Und auch er liess sich extern beraten und begleiten, nämlich durch einen Professor und das BAK Basel. Und auch der Kanton, der immer wieder als positives Beispiel erwähnt wurde und wird, schlägt unorthodoxe Massnahmen vor, wenn es darum geht, den Finanzhaushalt zu sanieren: So ist beispielsweise die Reduktion des Pendlerabzuges eine reine Fiskalmassnahme und hat absolut nichts mit der Überprüfung von Aufgaben und Leistungen zu tun.

Die Stadt Arbon liess sich bei ihrer Aufgaben- und Leistungsüberprüfung extern beraten und begleiten, wie dies auch der ausdrückliche Wunsch der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK) war. Wir mussten für diese Beratung wesentlich weniger bezahlen als die Stadt Gossau. Dies obwohl Gossau für das Büro Malik eine Pilotgemeinde war, welche von Vorzugskonditionen profitierte. Ich habe mich diesbezüglich in Gossau, in einem persönlichen Gespräch mit dem Stadtpräsidenten, schlau gemacht, wie der Ablauf dort vonstatten ging und mich über die Konditionen erkundigt.

Die konkreten Vorschläge, welche nun auch umgesetzt werden sollen, wurden vom gesamten Stadtrat in Zusammenarbeit mit der Verwaltung, im Speziellen mit den Abteilungsleitern, erarbeitet. Die wichtigste Botschaft des Stadtrates lautet: „Zur Sanierung des städtischen Haushalts müssen alle einen Beitrag leisten.“ Wir wollen die Entwicklung von Arbon nicht abwürgen, aber wir müssen sparen, und wir wollen dies mit Augenmass tun und wenn immer möglich ohne eine Erhöhung des Steuerfusses. Das Budget 2015 mit ersten Massnahmen hat der Stadtrat bereits am 22. September 2014 zuhanden des Stadtparlaments verabschiedet, das den Voranschlag an seiner Sitzung vom 9. Dezember 2014 beraten wird.

Der Stadtrat wird heute aufmerksam zuhören, welche Sparmassnahmen das Stadtparlament für unterstützungswürdig erachtet und welche nicht. Wir nehmen dieses Meinungsbild ernst, denn anders als der Kanton haben wir noch keine Massnahmen aus der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung in den Finanzplan für die Budgetjahre 2016 bis 2018 aufgenommen.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Wir kommen nun zur materiellen Beratung. Wir beginnen mit der Diskussion auf Seite 12 der Aufgaben- und Leistungsübersicht, 4. Massnahmen. Wir gehen Seite und Seite vor. Ich werde immer den Übertitel nennen.

4.3.1 Bauverwaltung:

Elisabeth Tobler, SVP: Bauverwaltung, Liegenschaftsverwaltung, Fr. 30'000.-- Einsparungen: Die Auslagerung der Verwaltung ist in unseren Augen nicht zielführend, da es hier zu Interessenkollisionen führen und gegen die Interessen der Stadt gearbeitet werden kann. Wir sind im Gegensatz zu CVP dagegen, dass alle unsere Liegenschaften veräussert werden. Diese bilden auch ein Polster, das wir vielleicht in einer späteren Zeit brauchen, seien es Räume, die wir nutzen müssen oder Vereinen zur Verfügung stellen können. Die Verwaltung sollte bei der Stadt belassen werden, da eine Auslagerung höhere Kosten verursachen kann. So behält dann die Stadt die Übersicht und nicht irgendein fremdes Büro.

Cyrill Stadler, FDP: Geschätzte Elisabeth, ich glaube, das hast du jetzt falsch verstanden. Bei dieser Massnahme geht es darum, dass einzelne Aktivitäten, die jetzt in der aktiven Bauverwaltung stattfinden, eben nicht mehr in der Bauverwaltung sondern, ich nehme jetzt den Hafen als Beispiel, wo die Frau Fischer die ganze Zuteilung zu diesen Hafenplätze macht, dass da einzelne Aufgaben an die Hafenmeisterei, quasi an die Aussenstelle übergeben würden und man dort Stellenprozente erfüllt und in der zentralen Bauverwaltung weniger Stellenprozente hinzu kaufen muss. So ist diese Massnahme, wie ich sie verstanden habe, zu verstehen.

4.3.2 Werkhof:

Elisabeth Tobler, SVP: Einsparungspotential Fr. 20'000.-- bis 100'000.--. Neu sollen alle Dienstleistungen des Werkhofs verrechnet werden. Wir begrüssen diese Massnahme grundsätzlich, wenn es sich um kommerzielle Anlässe handelt, nicht aber bei Vereinen aus Arbon, zum Beispiel beim Zwiebelmarkt beim Aufstellen der Marktstände, oder beim Weihnachtsmarkt für irgendeinen Verein, der dort dies nötig hat. Einerseits unterstützen wir die Vereinsarbeit und nehmen dann vielmals den ehrenamtlich tätigen Personen so die Motivation, sich für gesellschaftliche Belange einzusetzen, wenn wir auf der anderen Seite jede einzelne Handreichung für das Aufstellen der Marktstände, für irgendetwas was sie vom Bauamt brauchen, wieder das gleiche Geld, das wir über die Unterstützung leisten, hinten wieder weg nehmen. Das Gleiche gilt, was gesagt wurde für die Erhöhung der Tarife des Seeparksaals. Dies ist ein falsches Zeichen an ein wertvolles Vereins- und Gesellschaftsleben einer Stadt. Auch dies, Herr Stadtmann, ist eine Entwicklungsmöglichkeit für die Stadt, wenn die Vereine das gesellschaftliche Zusammenleben fördern durch diese Arbeit.

4.3.4 Schlichtungsstelle für Miete und Pacht:

Fabio Telatin, SP-Gewerkschaften-Juso: Wir sind der Ansicht, dass der Stadtrat schon länger diese Machbarkeit mit den anderen Aussengemeinden vorantreiben sollte und man das Gespräch suchen soll, obwohl es nicht sehr dringlich, aber auf längere Zeit gesehen Früchte tragen kann.

Riquet Heller, FDP: Auch meine Fraktion, die FDP – die Liberalen unterstützt diese Zusammenlegung der Schlichtungsstelle, wie auch anderer, örtlich regionaler Anlagen, bzw. Schiessanlage. Nur, ich glaube, unsere Partner wollen nicht so richtig. Es sind die anderen Gemeinden, die wahrscheinlich ihre Hoheit haben wollen und gerne das Friedensrichteramt in Sachen Miete und Pacht für sich haben und hier amten wollen, und keine Verschmelzung haben wollen, obwohl das sinnvoll wäre. Während auf Stufe Kanton der Regierungsrat jederzeit eine Zusammenlegung genau wegen des Kostenersparungszweck durchsetzt, sind wir Gemeinden leider auf den guten Willen der Nachbargemeinden angewiesen, um hier eine Kostenersparung zu bewirken. Vielleicht ist ein Zuckerchen zu geben und die Miet- und Schlichtungsstelle in Miete und Pachtsachen nach Horn zu verlegen oder nach Roggwil, dass das endlich vorwärts geht. Es ist demzufolge zu befürworten, dass der Stadtrat diesbezüglich Anstrengungen unternimm, um hier Kostenersparungen zu machen. Allerdings, das gebe ich zu, es ist eine gewisse Ohnmacht beim Stadtrat vorhanden.

4.3.5 Feuerwehr:

Peter Gubser-SP-Gewerkschaften-Juso: Für die Feuerwehr bezahlen wir Feuerwehr-Ersatzabgaben. Die Ausgaben der Feuerwehr sind also nicht budgetrelevant, sondern die Feuerwehersatzabgaben kommen in einen Topf. Aus diesem Topf werden dann die Aufwendungen der Feuerwehr bezahlt. Genau aus diesem Grund habe ich kritisiert, dass dieses Zürcher Büro von den Thurgauischen Verhältnissen wenig Ahnung hat. All diese Vorschläge bezüglich Feuerwehr, die haben keine Auswirkungen auf das Resultat der Gemeinderechnung.

Nebenbei, wie soll das denn aussehen, Effizienzsteigerung der Feuerwehr? Ich kann ihnen aus langjähriger Erfahrung als Präsident der Feuerschutzkommission sagen, der wesentliche Punkt ist, dass die Feuerwehr möglichst rasch am Brandobjekt ist, und dafür muss alles getan werden, dann gibt es möglichst geringe Schäden. Das ist dort das Ziel.

Silke Sutter Heer, FDP: Ich war noch nie in der Feuerschutzkommission, bin aber seit 20 Jahren in der Feuerwehr und ich war dabei, als diese Regelung mit 12 Prozent und 50 Jahren festgelegt worden ist, vor ebenfalls über 20 Jahren. Damals hat man diesen Rahmen festgelegt. Man ist davon ausgegangen, das sei die beste Lösung. Ich bin durchaus der Meinung, und das muss nicht heute und morgen sein, man muss das einmal überprüfen, ob das wirklich die richtige Regelung ist, weil gerade eine Erhöhung auf 52 Jahre, könnte ich mir vorstellen als oberster Rahmen, dass das durchaus Sinn machen würde, wenn man diese Grenze hochheben würde, und das kann ich sagen, da ich dieses Jahr 50zig geworden bin. Ich habe einen Brief bekommen, ob ich noch weiterhin Feuerwehrdienst leiste, weil es sind sehr viele starke Jahrgänge bei uns, also 1964 / 1963 / 1962, vertreten und man ist froh, wenn diese Leute noch etwas länger bleiben, da sonst ein ziemlich grosser Aderlass erfolgen würde. Das ist das eine Argument dazu.

Das zweite Argument ist, klar selbstverständlich, es ist eine Spezialfinanzierung, aber trotzdem merkt der Einzelne es im Portemonnaie. Ich darf sagen, ich habe das nie im Portemonnaie gemerkt, weil ich nie finanzielle Leistungen erbrachte, ich habe immer Dienst erbracht. Trotz allem aber, es bringt dem Einzelnen etwas im Portemonnaie und es gibt dann dafür Spielraum irgendwo anders, wo es dann aufgrund dieser Nivellierung, nicht so weh tut. Was für mich viel wesentlicher ist, egal wie man das angeht, es ist ein sensibles Thema, das wird im Papier erwähnt. Es darf nicht die freiwillige Arbeit der Feuerwehr irgendwie diskreditiert werden, und was nicht passieren darf, egal wie eingespart wird, es darf nie und nimmer die Sicherheit der Mannschaft gefährdet werden durch irgendwelche Einsparungen, wenn es denn wirklich solche gibt. Es darf auch nicht an der Ausbildung der Mannschaft gespart werden, weil auch das zum Thema Sicherheit gehört und das im Vordergrund steht. Bei der Feuerwehr steht für mich nicht der Sparwille im Vordergrund sondern tatsächlich diese zwei Kriterien, und die haben oberste Priorität.

Stadtrat Konrad Brühwiler: Ich bedanke mich bei Silke Sutter und Peter Gubser für die zwei Voten. Auch wenn keine klaren Fragestellungen dahinter sind, möchte ich mich trotzdem dazu äussern.

Seit rund 40 Monaten darf ich jetzt als Stadtrat das Ressort Einwohner und Sicherheit ausüben. Da ist mir die Feuerwehr, unter anderem, sehr ans Herz gewachsen. Ich benutze sehr oft die Möglichkeit, der Feuerwehr bei ihren Übungen über die Schulter zu schauen. Da wird wirklich gut gearbeitet, da wird die Freizeit eingesetzt und auf andere Hobbys verzichtet. Wenn man die Feuerwehrkameraden kennt, dann spürt man, wie diese hinter ihrem „Hobby“ Feuerwehr stehen.

Weil aber die Feuerwehr innerhalb der Stadt und dieser Überprüfung keine heilige Kuh ist, hat BHP, also Hanser und Partner AG, dieses Beratungsinstitut, die Position Feuerwehr durchleuchtet. Wer den „Mecano“ Feuerwehrbudget, Feuerwehrrechnung, Feuerwehrsteuer kennt, der weiss, dass die vorgeschlagenen Massnahmen nichts taugen, nichts bringen. Mein Ressort hat sich von Anfang an dagegen gewehrt, diese vorgeschlagenen Massnahmen in diesen Bericht zu nehmen. BHP hat darauf beharrt, dass diese Vorschläge darin vorkommen.

Die Feuerwehrsteuer, das ist gesagt worden, fliesst in eine Spezialfinanzierung. Mit dieser Spezialfinanzierung kommt die Feuerwehr sämtlichen Aufgaben und Pflichten, auch der Erneuerung, der Pflege des Wagenparks nach. Kommando, Stab und Feuerwehr haben die Zeichen der Zeit erkannt und drehen heute mittlerweile jeden Franken, den sie in ihre Ausrüstung, in ihre Investitionen investieren, zweimal um. Wie gesagt, die Feuerwehr ist zwar keine heilige Kuh, aber sie ist auch keine eierlegende Wollmilchsau. Deshalb dürfen nicht auf Kosten von Sicherheit der Bevölkerung, auf Kosten von Sicherheit der Feuerwehrkameraden, diese Mittel gekürzt werden. Dafür stehe ich ein, dafür stehe ich gerade.

4.3.7 Kulturförderung:

Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso: Ziel der Überprüfung ist die Optimierung der finanziellen Einnahmen, Aber meine Damen und Herren, dies geschieht ohne Rücksicht auf organisch gewachsene Strukturen, ohne Rücksicht auf gesellschaftliche Werte, ohne Rücksicht auf das städtische Zusammenleben unserer Bevölkerung und auch ohne Berücksichtigung der negativen finanziellen Auswirkungen in der Zukunft.

Ein kleines Beispiel dafür ist die nicht wieder besetzte Stelle von Peter Binkert mit Einsparungen von ca. Fr. 100'000.-- Personalkosten. Heute wird diese Arbeit von auswärtigen Firmen übernommen, Kosten neu um die Fr. 150'000.--. Und diese Liste lässt sich munter fortsetzen mit zum Beispiel der Auswärtsvergabe der Archivarbeit, Auswärtsvergabe der Immobilienverwaltung usw..

All das sind nur Kostenverschiebungen in der Rechnung, aber bringen bei weitem keine Einsparungen, sondern wenn man genau hinschaut, Mehrkosten. Und sowieso sind das meiner Meinung nach Aufgaben, die der Stadtrat und die Verwaltung zu leisten hätten. Dafür werden sie ja auch bezahlt.

Allein dieser Bericht zur Aufgaben- und Leistungsüberprüfung, dessen Kosten man ebenfalls mit den vorliegenden Sparmassnahmen in der Höhe von sage und schreibe Fr. 100'000.-- kompensieren will,...

Präsidentin Christine Schuhwerk: Inge Abegglen, reden wir noch immer von 4.3.7 Kulturförderung?

Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich weiss wovon ich rede. ...dies wäre meiner Meinung nach, die Aufgabe des Stadtrates gewesen. Und, wenn wir das Ergebnis des Berichtes anschauen, auch möglich gewesen, denn neue, wesentliche Ergebnisse habe ich im Bericht leider keine gefunden.

Sparmassnahmen im Bereich der Kulturförderung, dafür brauche ich kein Beratungsinstitut, diese Idee hatte der Stadtrat schon von sich aus im Vorfeld im Visier und auch geäussert. Bereits im nächsten Budget sollen Fr. 40'000.-- Beiträge an Kulturschaffende und Kulturinstitutionen eingespart und der Betrag an die Stadtbibliothek in Zukunft ganz gestrichen werden.

Ist sich der Stadtrat überhaupt bewusst, was er für ein Signal aussendet? Gerade in diesem Bereich wird enorm viel ehrenamtliche Arbeit geleistet. Ein Affront für alle diese Leute. Das Image, das sowohl die Kulturschaffenden als auch die Kulturinstitutionen der Stadt Arbon verleihen, ist nicht erkannt und wird auch im Bericht nicht erwähnt. Auch die finanziellen Auswirkungen, die von den Kulturschaffenden generiert werden, sind nicht eingerechnet worden. Man darf halt nicht nur isoliert auf einen Aufgabenposten in der Rechnung schauen.

Die Kultur stellt zudem einen immateriellen Wert für die Gesundheit einer Gesellschaft und für unsere Stadt dar. Ich bitte, auch dies zu bedenken und anzuerkennen.

Leider kann ich sie auch heute nicht davon verschonen und muss den Skatepark in diesem Zusammenhang erwähnen. Indem der Stadtrat voller Freude und Vehemenz den Skatepark befürwortet und unterstützt, zeigt er allen anderen Kulturschaffenden und -institutionen im gleichen Masse seine Missachtung. Der Stadtrat stösst sich weder an den neuen zusätzlichen Ausgaben von Fr. 170'000.-- für einen neuen Skatepark, er garantiert dem Verein, den es eigentlich noch gar nicht richtig gibt, nebst jährlichem Unterstützungsbeitrag von Fr. 2'000-- auch noch einen Beitrag an seine jugendlichen Mitglieder. Das ist ein weiterer Affront gegen alle anderen Vereine, die bei weitem noch nie so viel Geld erhalten haben und trotzdem schon jahrelang mit grossem Einsatz ehrenamtlich Leistungen erbringen.

Und noch etwas muss ich an dieser Stelle anbringen: Der Stadtrat ist von den Arbonerinnen und Arbonern gewählt worden, dass er sich für unser Allgemeinwohl und unsere Lebensqualität sorgen soll. Diese Verpflichtung wird mit diesen uns vorgelegten derartigen Sparmassnahmen sträflich verletzt.

Elisabeth Tobler, SVP: Auch ich spreche zur Kulturförderung, einfach dass es klar ist. Beiträge an Vereine Fr. 40'000.-- Sparpotential, ein späteres Kulturkonzept Fr. 0.-- - 240'000.--, es nimmt mich nur wunder wo, Bibliothek Fr. 85'000.-- Kürzungsmöglichkeit. Die Kürzung der Unterstützung der Bibliothek führt langfristig zur Schliessung der Bibliothek. Die Bibliothek ist eine jahrzehntelange Institution, die sehr wichtige Beiträge leistet im Bereich Leseförderung, im Bereich Unterhaltung für die älteren Personen. Heute sind Hörbücher sehr gefragt, und ich finde das völlig daneben. Die Benutzerzahl ist sehr hoch, und es wird angestrebt immer weiter zu erhöhen. Wenn man hier jetzt sagt, ja die Fr. 85'000.-- können wir sparen, dann schliessen wir, das ist nicht in Ordnung so.

Wir hören aber jetzt, dass die Primarschule bereit ist, pro Schüler, die die Bibliothek besuchen, einen Beitrag zu übernehmen. Das kann die angespannte finanzielle Situation nur dann lindern, wenn keine höhere Kürzung der Stadt in diesem Bereich vorgenommen wird. Ich bin schon jahrzehntelang in der Bibliothekskommission und weiss, wovon ich rede. Wir haben einen uralten Computer, wenn dieser ausfällt, kann keine Ausleihe mehr gemacht werden, und es ist kein Polster hier vorhanden, um sofort einen neuen Computer anzuschaffen. Das nur als kleines Beispiel. Es wird jeder Franken wirklich hin und her gedreht und überlegt, was man sparen könnte.

Die Reduktion der Beiträge an alle anderen kulturellen Institutionen, die übrigens bereits einen Brief erhalten haben, wie zum Beispiel Orchester, Chöre, Stadtmusik, Puppentheater usw., um satte zehn Prozent, geht für die meisten Vereine ans Lebendige und kann so nicht hingenommen werden. Auch hier ist die Bereicherung des gesellschaftlichen Zusammenlebens, wie es Inge Abegglen treffend gesagt hat, wichtiger als die momentane Budgetsituation der Stadt. Dies kann mit Einsparung einer einzigen Studie längst wettgemacht werden.

Es braucht auch kein teureres Kulturkonzept, um herauszufinden, wo man noch sparen könnte. Es reicht, wenn man bei den Vereinen genauer hinschaut, die Jahresabrechnungen, das Vermögen anschaut, dann kann man mit Mass allenfalls und vorgängigem Gespräch mit den Personen etwas machen, und nicht einfach nur Briefe herum schicken und die Leute vor den Kopf stossen. Ich finde das verabscheuenswürdig, ehrlich gesagt.

Cyrill Stadler, FDP: In der Tat, Kultur ist etwas sehr Wichtiges und sehr Entscheidendes für das Zusammenleben in einer Stadt oder in einer Gemeinde, in einer Agglomeration. Wir haben diesen Punkt, 4.3.7 Kulturförderung bei uns fraktionsintern sehr intensiv und lange diskutiert und ausgebreitet. Klar, wenn man hingeht und sagt, in einem ersten Jahr sparen wir hier Fr. 40'000.-- ein, verteilt über verschiedene Institutionen und verschiedene Vereine, ist das für diese Vereine, für diese Institutionen sehr viel. Vom Ablauf her, wie sich dieser Punkt 4.3.7 gestaltet, bin ich für mich persönlich, und das habe ich auch in der Diskussion in der Fraktion eingebracht, auf diese Schattierung mit der grünen und gelben Farbe hier im Konzept und auf die Priorisierung sehr stark eingegangen.

Ich glaube, man darf das hier wirklich so sehen. Wir haben für das Budget 2015 eine Reduktion um diese Fr. 40'000.--, und die Idee wäre dann dahinter, ich vermute, das habe ich nicht mit dem Stadtrat einzeln noch abgesprochen oder vertieft diskutiert, dass man anhand eines Kulturkonzepts, dies durchaus mit unserer bestehenden Kulturkommission erarbeiten und diskutieren kann. Einfach zusammentragen, was will ich überhaupt als Stadt erreichen im Bereich Kultur, gezielt Schwerpunkte setzen, überlegen, wie wollen wir die Kultur lebendig, aktiv gestalten. Was gibt es da für Möglichkeiten und daraus kann es weiteres Einsparungspotential geben. Es ist hier ganz klar betitelt Fr. 0.-- bis 240'000.--. Ich denke, Beides, weder die Fr. 0.-- noch die Fr. 240'000.-- sind realistisch.

Bei der Bibliothek, im dritten Punkt, ist sogar ein gelber Punkt, und der ist in der Legende wirklich deutlich als Punkt aufgeführt, wo es einfach Probleme gibt, weil der Leistungsumfang so stark gekürzt werden müsste, dass es dann eben auch nicht mehr sinnvoll wäre. Diese Massnahme glaube ich, muss man in diesem Kontext sehen und unter diesem Gesichtspunkt. Wenn wir jetzt eine einmalige Reduktion auf das Budget 2015 haben, haben wir die Gelegenheit, an der Budgetsitzung die einzelnen Beiträge zu diskutieren, wir können unser Pro und Kontra einbringen, da haben wir die Möglichkeit dazu.

Nachher bin ich wirklich der Meinung, mit der Kulturkommission kann man, ohne dass man dafür Geld ausgibt, ein sehr gutes Kulturkonzept erarbeiten, mit stichhaltigen und gut geförderten Massnahmen in der Stadt.

Elisabeth Tobler, SVP: Cyrill Stadler, man kann Fr. 40'000.-- sparen, das hast du gesehen, da hast du Recht. Man kann aber auch mit wenig die Vereine kaputt machen, indem sie einfach nicht mehr existieren können, weil sie so knapp an Mitteln sind. Wir hatten diese Diskussion bereits einmal hier im Seeparksaal, wo ich mich eingesetzt habe, dass der Betrag an das Sinfonische Orchester nicht reduziert wird. Weil, die Stadt gibt einen Beitrag und der Kanton verpflichtet sich, in der gleichen Höhe wie die Stadt, einen zweiten Beitrag zu leisten. Was passiert, wenn der Stadtrat diesen Beitrag kürzt? Es passiert genau das, der Kanton kürzt den gleichen Beitrag auch, also ist es der doppelte Effekt. Ich habe mich schon einmal für das eingesetzt und ich setze mich wieder dafür ein, dass man da nicht einfach kürzt, weil man damit einen Verein kaputt machen kann. Das nützt dann nichts, wenn dort steht, 2016 wird dann vielleicht um Fr. 85'000.-- gekürzt, wenn dieser Verein vorher schon kaputt ist.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr dazu sind, machen wir, da es 21.00 Uhr ist, eine Pause von 10 Minuten.

Fortsetzung um 21.10 Uhr.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Möchte noch einmal darauf aufmerksam machen, nur ein Votant pro Fraktion, so sind wir dann zu einer christlichen Zeit fertig.

4.3.9 Bootshafen

Monika Strauss, SVP: Die SVP-Fraktion unterstützt den Vorschlag für eine Erhöhung der Gebühren für die Bootsanlageplätze. In Horn zum Beispiel kostet der m2 im Hafen West Fr. 85.--, im Hafen Ost/Zentrum, Fr. 42.--, ohne Betriebspauschale. Die Kosten sind für Einheimische und Auswärtige gleich hoch. Im Moment stehen 128 Bewerber auf der Warteliste. In Kreuzlingen beträgt der m2 Preis Fr. 33.70, ohne Betriebspauschale, für Auswärtige plus 20 Prozent. Die Warteliste beträgt 500 Bewerber. In Arbon sind die m2-Kosten für Einheimische Fr. 18.50 und Auswärtige Fr. 39.--, ohne Betriebspauschale. Auch in Arbon stehen viele Bewerber auf der Warteliste. Aufgrund dieser Zahlen und Bewertungen der umliegenden Häfen und der langen Warteliste, kann man mit gutem Gewissen sagen, das heisst, es sollte sogar ein Muss sein, eine Erhöhung der Gebühren für die Arboner Bootsanlageplätze vorzusehen.

4.3.10 Gastronomiebetriebe Arbon:

Monika Strauss, SVP: Das einheitliche Gastronomie-Konzept, welches nur von einem einzigen Betreiber umgesetzt werden soll, erachtet die SVP-Fraktion nicht als wirklich sinnvoll. Die verschiedenen Betriebe wie Camping, Strandbad, Kiosk oder ein Ganzjahres-Betrieb mit verschiedenen saisonalen Angeboten, den verschiedenen Öffnungszeiten, nicht zu vergessen sind auch die dringenden und zwingenden Umbauten, dies alles ist eine riesige Herausforderung und kostenaufwendige Sache. Die vorgeschlagene Einheitlich-Variante ist mit einem sehr hohen Risiko einzuschätzen. Ein einziger Betreiber für das gesamte Gastronomie-Konzept, dieser müsste ein Genie sein und über viel Geld verfügen. Für die Ausarbeitung der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung waren Theoretiker am Werk, keine Praktiker. Die jetzigen Betriebe mit ihren verschiedenen Leistungen, aber auch mit den verschiedenen Charakteren, den Ausbildungen der Betreiber, ist eine wertvolle Bereicherung für die Gastronomie und die Gäste.

Es gibt dadurch auch eine gewisse Unabhängigkeit, sprich Stabilität. Bei den heutigen Pächtern wird auf einheimische, regionale, hochwertige Produkte gesetzt, das von den Gästen auch sehr geschätzt wird.

Cyrill Stadler, FDP: Auch diese Massnahme haben wir in der Fraktion eingehend diskutiert. Gastronomiebetriebe sind ein Buch mit sieben und etwas mehr Siegeln. Man kann sehr viel Geld verdienen mit der Gastronomie, aber auch sehr viel Geld drauflegen. Wir sind der Meinung, dass es durchaus legitim ist, Betriebe, die die Stadt in ihrem Portfolio behält, neu zu beurteilen und zu überlegen, ob die gelebten Pacht-Geranten-Verhältnisse angebracht sind. Dass dabei Rücksicht genommen wird auf bestehende Pacht-Miet-Geranten-Verhältnisse, ist für uns selbstverständlich, aber, und das ist das Zentrale, man darf, man soll, die Stadt muss sich überlegen, wie sie mit ihren Betrieben umgeht. So wie wir das verstanden haben, ist genau dies der Kern dieser Massnahme, zu überlegen, wo braucht es welches Pachtverhältnis. Ist es ein Pachtverhältnis, wie wir es heute kennen, wo die Mieter die Infrastruktur mitmieten, oder kann es sein, dass es ex Rohbau gemietet wird. Solche Überlegungen sind wichtig und richtig.

4.3.12 Strandbad (inkl. Camping)

4.3.13 Camping (vgl. Strandbad):

Hanspeter Belloni, SVP: Dieses Thema hatten wir ja schon einmal, und der Stadtrat ist dann zurückgekrebst und hat wieder eine private Person für das Strandbad angestellt. Bei der Zusammenlegung, Strandbad, Camping macht es aus unserer Sicht keinen Sinn. Welcher Campingwart ist schon interessiert, ein Strandbad, bzw. Restaurant zu führen oder umgekehrt. Ausserdem wird es dann noch schwieriger, jemanden zu finden, der auch den gesetzlichen Ansprüchen, Sicherheit etc. gerecht wird. Meine Meinung allerdings: der Verteilschlüssel müsste zwischen Schwimmbad und Strandbad überprüft werden, der stimmt für meine Begriffe nicht. Wir lassen uns aber von einem guten Konzept gerne überzeugen.

Riquet Heller, FDP: Im Unterschied zu allen anderen Rednern, die jetzt gesprochen haben, die nur noch mehr sparen wollen und Sparvorschläge wegstreichen, macht meine Fraktion eher eine Weiterung, indem sie ihnen folgendes beantragt, in Anbetracht der Spitzenposition, die wir in der Steuerlandschaft im Thurgau haben, 76 Prozent, wir sind am Steigen wahrscheinlich gegen 80 Prozent, lassen demzufolge alle unsere Konkurrenten weit hinter uns. Was ist der Antrag, um solcher Entwicklung gegenzusteuern, nämlich, dass sich Arbon zwei Schwimmbäder nicht mehr leisten kann.

Meine Fraktion kann sich vorstellen, dass ein Wassersport- und Campingzentrum im Bereich Strandbad die Endlösung sein könnte und dass frei geschwommen nur noch nebenan im Schwimmbad wird. Es ist einfach nicht möglich, dass eine Stadt zwei Konzertsäle für zwei gleiche Zwecke hat. Wir müssen uns entscheiden, dass das eine Bad für das benützt wird und das andere Bad eher für das. Ich meine, und meine Fraktion meint das auch, diesbezüglich würde im Strandbad weit mehr als nur die Fr. 50'000.--, die sie aus der Massnahme Ziff. 4 Punkt 13 ergeben, erwirtschaftet werden. Zudem mag sein, dass das Schwimmbad dann bei Stossbetrieben noch mehr gefüllt ist. Wir einheimischen Arboner und Arbonerinnen, wir wissen aber schon, wann man seine Ruhe im Schwimmbad finden kann. Ich befürworte namens meiner Fraktion beide Massnahmen, die unter 4.3.12 und 4.3.13 aufgelistet sind, mit dem Akzent, den ich soeben gemacht habe.

4.3.14 Seeparksaal:

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Unter Punkt 4.3.14 Seeparksaal steht, dass man sich überlegen könne, den Seeparksaal zu verkaufen, Potentiale für Neunutzungen an dieser attraktiven Lage bestehen. Das Beispiel des Areals des ehemaligen Bodan-Saals in Romanshorn zeige, dass sich für derart attraktive Lagen Investoren für Neuüberbauungen finden lassen. Wenn der Stadtrat mit HRS allenfalls einen Vertrag über den Verkauf dieses Areals und Neubau von Eigentumswohnungen macht, kann ich ihm versichern, dass ich tagelang auf der Strasse Unterschriften für ein Referendum sammeln werde. Ebenso vehement werde ich mich mit vielen anderen Arbonerinnen und Arboner wehren gegen einen Verkauf des Schlosses, der auch hier in diesem Papier als möglich aufgeführt wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, für mich und viele Arbonerinnen und Arboner ist es nicht möglich, den Seeparksaal und das Schloss zu verkaufen.

Monika Strauss, SVP: Tarifierhöhung für die einheimischen Vereine nein, ja für die auswärtigen Vereine. Es kann nicht sein, dass die Arboner Vereine eine Tarifierhöhung von 10 Prozent zu leisten haben, bzw. müssen. Die Arboner Vereine unterstützen die Stadt Arbon bei vielen Anlässen, wie Neujahrsbegrüssung, Neuzuzügeranlass, der 1. Augustfeier, bei traditionellen Fasnachtsanlässen, usw.. Sie, die Vereine bereichern unseren Alltag und den Alltag der Bevölkerung, tragen zur Belebung des Alltags und der Stadt bei und zeigen auch unsere Kultur, wie es Hanspeter Belloni bereits beim Eintreten schon erwähnt hat. Der starke Auftritt der Stadt- und Jugendmusik Arbon am Samstag, 18. Oktober 2014 und dem darauf folgenden Sonntag war einfach grandios und ist nicht wegzudenken. Zu einem gelungenen Anlass gehören auch die vielen Mitarbeitenden hinter dem Event, dem Service und die vielen fleissigen Kuchen-Bäckerinnen aus verschiedenen Vereinen, usw.. Sie alle haben mit ihrem Einsatz der Bevölkerung unvergessliche Stunden bereitet. Diese Freiwilligen-Arbeit wollen sie bestrafen und ihnen Kosten aufbürden.

Haben sie sich schon einmal gefragt, wie wertvoll diese Freiwilligen-Arbeit ist? Nicht mit Geld zu zahlen, wohl aber mit Entgegenkommen von unentgeltlich zur Verfügung gestellten Infrastrukturen, nicht aber mit Tarifierhöhungen. Sie aber wollen für all diese freiwilligen Leistungen zehn Prozent mehr Saalmiete und das Vereinsmitglied soll für seine Arbeit auch noch zehn Prozent mehr Vereinsbeitrag zahlen.

Allerdings wird mit zwei verschiedenen Ellen gemessen. Da ist wie eingangs erwähnt, die Tarifierhöhung für bestehende Arboner Vereine und andererseits der Skatepark mit der Leistungsvereinbarung. Dieser Verein bekommt unentgeltlich Land und Fr. 170'000.-- für den Bau einer Anlage, dazu zusätzlich jährlich Fr. 2'000.-- und jedes Arboner Vereinsmitglied bekommt zusätzlich noch Fr. 30.-- Jugendbeitrag. Und was macht dieser Verein für die allgemeine Bevölkerung?

Für eine vorgesehene Vermietung oder sogar einen Verkauf des Seeparksaals stehen noch zu viele Fragen offen. Haben sie auch schon an die Angestellten des Seeparksaals gedacht? Werden diese arbeitslos oder haben sie einfach ausgedient?

All dies müsste zuerst vom Stadtrat dem Parlament vorgelegt und dem Volk zur Abstimmung unterbreitet werden.

Cyrill Stadler, FDP: Da muss ich vorausschicken, ich bin selbst Mieter vom Seeparksaal für eine Woche Ende August jedes Jahr. Ich kann nur betonen, wie es für uns als Mieter ist. Wir bekommen einen sehr guten Service von Albert Maag und seinem Team, wir haben sensationelle Räumlichkeiten zu absolut fairen Konditionen. Als Mieter bin ich mir durchaus bewusst, dass diese Dienstleistung etwas wert ist, und sie darf auch noch etwas teurer werden. Nicht, dass ich jetzt für eine Gebührenerhöhung für uns plädiere, es ist einfach so das Gefühlte, was man als Dienstleistung erhält. Das ist ein absolut fairer Preis und darüber darf man diskutieren, das ist der grüne Punkt in diesem Papier.

Von den Vereinen, die hier ansässig sind, ist hier drin absolut nichts vermerkt. Ich denke, das ist ein Punkt, den man anschauen und diskutieren muss. Die gelben Punkte, Verpachtung oder Verkauf, die stehen als Massnahmen da, die wir auch in der Fraktion mit Fragezeichen belegen. Solche Geschäfte würden vom Parlament oder vom Volk diskutiert werden müssen. Ich glaube nicht einmal, dass da Peter Gubser Unterschriften sammeln muss, ich glaube, das würden wir ohne Unterschriften zustande bringen, dass das vielleicht nicht der Wunsch ist der Bevölkerung.

4.3.15 Schloss:

Hanspeter Belloni, SVP: Die Anregung, die Diskussion, das Schloss für Vereine freizugeben, macht durchaus Sinn, wenn andere Lokaltäten wie die Rondelle verkauft werden können, warum auch nicht. Sinnvoll wäre auch ein Umzug vom Restaurant ins Erdgeschoss, damit die Gartenwirtschaft auch genutzt werden kann, gleich Mehreinnahmen.

Vielleicht könnte dann das Schloss als Dependence für ein Hotel genutzt werden. Ein Verkauf des Schlosses, würde bei der Bevölkerung auf Unverständnis stossen. Es gehört zu Arbon und soll auch in Arboner Hand bleiben. Es ist, als würden die Stadträte ihre Schwiegermutter verkaufen, das geht auch nicht, denn sie haben sie mitgeheiratet.

Stadtammann Andreas Balg: Wir haben bewusst grüne und gelbe Punkte verteilt und wir können getrost auf intensive Diskussion der gelben Punkte verzichten, sprich Verkauf vom Schloss oder dem Seeparksaal. Das ist auch die Meinung des Stadtrates.

4.3.16 Kranken- und Pflegeheime:

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Da sehe ich aber lauter grüne Punkte. Es soll also möglich sein, eine Dividendenausschüttung von Fr. 200'000.-- bis Fr. 500'000.-- zu erhalten. Ich weiss nicht, wer auf diese Idee kommt. Dass die älteren pflegebedürftigen Menschen bei uns in einer Institution sein sollen, der stattlichen Gewinn abwirft, damit die Gemeinde dann ihr Loch in der Kasse flicken kann. Das geht wirklich nicht. Wir können nicht auf dem Buckel der Insassen des Pflegeheims unsere Kasse sanieren.

Monika Strauss, SVP: Die SVP-Fraktion beurteilt die Umwandlung von einer Genossenschaft zu einer Aktiengesellschaft als sehr fragwürdig. Die bisherige Solidarität wird in Frage gestellt. Mit welchem Recht kommt man jetzt plötzlich wieder auf den Gedanken, einen Baurechtszins zu fordern, nachdem das unentgeltliche Baurecht in verschiedenen Etappen durch die verschiedenen Behörden beschlossen wurde und die Verträge im Grundbuchamt eingetragen sind. Laut dem Bericht leistet die Stadt Arbon seit 2011 Beiträge an das Pflegeheim Sonnhalden. Diese Feststellung ist völlig falsch. Das Pflegeheim Sonnhalden hat die laufenden Betriebskosten sowie den Unterhalt und die Erneuerungen immer selbst finanziert und keine Beiträge der Stadt bezogen.

Bei den Investitionen für Neubauten haben sich die Stadt und die Partnergemeinden aufgrund eines ausgehandelten Verteilerschlüssels finanziell beteiligt. Eine Dividenden-Ausschüttung wäre aufgrund der aktuellen und künftigen Rechnung nicht denkbar. Die Erträge können nur über die Taxen erhöht werden, was wiederum höhere Beiträge aus der Ergänzungsleistung zu Folge hätte.

Schon diese riesige prognostizierte Spannweite einer jährlichen Dividende von Fr. 200'000.-- bis Fr. 500'000.-- lässt stutzen und nachdenklich machen. Die SVP-Fraktion würde es sehr begrüßen, wenn zu dieser undurchsichtigen und nicht gut abgeklärten Sachlage, auch aus Respekt gegenüber den Genossenschafterinnen, Genossenschäftern, den beteiligten Gemeinden und der Heimleitung, ein offenes Gespräch, eine Orientierung und eine Offenlegung aller Vorhaben in dieser Angelegenheit angeboten würde.

Cyrill Stadler, FDP: Die Stadt Arbon besitzt anteilmässig 46,7 Prozent vom Pflegeheim Sonnhalden. In der Stadtbuchhaltung macht es einen Unterschied, ob die Stadt an einer Genossenschaft oder an einer Aktiengesellschaft beteiligt ist. Das wird durch dieses Abschreibungskonstrukt beschrieben. Natürlich ist eine Genossenschaft vom Charakter her das sozialere Gefäss, aber, und das darf man sich auch überlegen, wenn es eine Differenz von gut Fr. 100'000.-- in der laufenden Rechnung drin ausmacht, wenn man die Gesellschaftsform ändern würde, passiert faktisch eigentlich nicht sehr viel. Das Pflegeheim bleibt unabhängig und eigenständig, die Beteiligungsverhältnisse bleiben gleich. Da denke ich, darüber darf man nachdenken, dass müssen wir nicht hier drinnen. Der Stadtrat ist in der Betriebskommission vertreten und solche Lösungen darf man sicher in der Betriebskommission diskutieren und darüber nachdenken, so dumm finde ich das grundsätzlich nicht.

Die Dividenden-Ausschüttung ist eine Berechnung aufgrund des aktuellen Ebit im Pflegeheim, in der Pflegeheimrechnung drin. Da kommen jetzt ganz viele Investitionen auf dieses Pflegeheim zu. Ob das wirklich realistisch ist, kann ich in dieser Form nicht beurteilen.

4.3.17 Jugendschutz:

Andrea Vonlanthen, SVP: „Die Beiträge an die Vereine werden gestrichen“, heisst es hier lapidar. Sie würden ja durch die Verfügbarkeit von Sportanlagen und anderen Räumlichkeiten bereits sinnvoll unterstützt. Einsparung 2015: Fr. 25'000.--.

Man traut seinen Augen und Ohren nicht: Was für eine Verkennung unserer gesellschaftlichen Probleme, was für eine Ohrfeige an unsere Jugend- und Sportvereine. Die SVP-Fraktion ist grundsätzlich gegen eine Streichung dieser Art. Sie meint aber, dass sorgfältig geprüft werden soll, ob die Mitglieder eines Vereins wirklich aus Arbon kommen und ob der Verein einen permanenten, kompetent geführten Trainings- und Spielbetrieb anbietet.

Eine Stadt, die jährlich Fr. 240'000.-- in die staatliche Kinder- und Jugendarbeit investiert, muss auch bereit sein, ein paar Tausend Franken in die private Kinder- und Jugendarbeit zu investieren, zumal letztere viel mehr Kinder und Jugendliche erreicht.

Bezüglich der angedeuteten weiteren Kostensteigerungen für das Kinderhaus ist für die SVP-Fraktion das letzte Wort auch noch nicht gesprochen. Ziel muss hier eine Stabilisierung der städtischen Kosten sein, auch durch eine vernünftige Beteiligung aller möglichen Kostenträger.

Fazit zum Thema Jugendschutz: Die Mittel verantwortungsbewusst und gezielt einsetzen, aber keine Sparübungen, die nichts als Missmut und Demotivation auslösen.

Silke Sutter Heer, FDP: Einfach nur zur Verdeutlichung: Die Vereinsunterstützungs-Überprüfung, es sind Fr. 25'000.--, ist gelbmarkiert. Der Stadtrat also ist schon selber zum Schluss gekommen, dass man das wohl überprüfen könnte, aber zum Resultat kommen muss, dass das nicht anzutasten ist. Ich bin mir da ziemlich sicher, habe es aber nicht mehr überprüft, dass das auch nicht so im Budget umgesetzt worden ist. Also die Vereinsbeiträge bleiben unangetastet. Wir in der FDP-Fraktion sind auch der Meinung, dass das so zu bleiben hat.

Beim Kinderhaus möchte ich noch darauf hinweisen, dass das ein wichtiger Standortvorteil ist, gerade Double-Incomes mit Kindern, die sind auf ein solches Betreuungsmodell angewiesen, da sind im übrigen auch die, die kostendeckend Beiträge in einem solchen Kinderhaus leisten. Für solche Leute ist es ganz wesentlich, ob wir ein Kinderhaus haben oder nicht.

4.3.18 Kinder- und Jugendarbeit:

Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso: Einer der Gründe, weshalb die Finanzen unserer Stadt in Schieflage geraten sind, liegt bei der öffentlichen Sozialhilfe, wo die Kosten in den letzten Jahren stark angestiegen sind. Wir alle sind bestrebt, Lösungen zu finden, wie wir diese Kosten in den Griff bekommen können. Völlig unverständlich ist darum, weshalb im Bericht vorgeschlagen wird, dass bei den Vereinen und bei der Kinder- und Jugendarbeit gespart werden soll. Politik verstehen heisst, Zusammenhänge zu erkennen. Offensichtlich erkennen hier einige die Zusammenhänge nicht.

Die Vereine, allen voran aber die Kinder- und Jugendarbeit, leisten wertvolle Präventionsarbeit, die nun mit Sparvorschlägen torpediert wird. Ich warne den Stadtrat und alle, die sich ständig lauthals über die steigenden Sozialhilfekosten beklagen: Dieser Schuss kann nach hinten losgehen. Prävention kommt den Staat wesentlich günstiger zu stehen als die horrenden, alljährlich wiederkehrenden Schadenskosten, wenn es einmal zu spät ist. Ein Beispiel: Gelingt es unseren Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern auch nur bei einem einzigen Jugendlichen pro Jahr, diesen von Drogen und Alkohol abzuhalten, sind die investierten Präventionskosten bereits wettgemacht. Versinkt ein junger Mensch nämlich einmal in Drogen oder verpasst er nach der Schule den Anschluss ins Berufsleben, verursacht er jährlich wiederkehrende Sozial- und Gesundheitskosten. Aus diesem Teufelskreis auszubrechen ist äusserst schwierig, weshalb viele der Betroffenen ein Leben lang auf Unterstützung angewiesen sind und dann eben, ich sag's in den Worten der SVP, „der Gesellschaft auf der Tasche liegen“. Wundern sie sich bloss nicht über steigende Sozialkosten, wenn sie bei der Prävention kürzen.

Zugegeben: Es ist schwierig zu quantifizieren, wie viele Kosten wir uns durch Prävention tatsächlich ersparen oder ob sie allenfalls überhaupt nicht rentiert. Aber zurzeit sehen wir eines eindrücklich in Arbon: Richtig teuer wird es, wenn Menschen durch das soziale Netz gefallen sind. Wir täten deshalb gut daran, die Maschen des sozialen Netzes nicht durch Sparmassnahmen zu lockern.

Hanspeter Belloni, SVP: Die SVP-Fraktion unterstützt die Massnahmen unter Punkt 4.3.18 Kinder- und Jugendarbeit, sie geht noch weiter, statt einfrieren, eher reduzieren

Seit Jahren ist die Organisation stark gewachsen, zu viele Stellenprozente für wenige Nutzer, nicht Kontakte – Nutzer. In den Massnahmen ist auch geschrieben, „ohne negative Konsequenzen für die Qualität der Leistungserbringung riskieren zu müssen“. Diesbezüglich laufen auch Abklärungen innerhalb einer Subkommission der FGK, wo ich selber noch nicht mehr darüber sagen kann.

4.3.19 Öffentliche Sozialhilfe:

Andrea Vonlanthen, SVP: Zuerst ein Kompliment an Kollege Felix Heller zu seinen Aussagen, was den Jugendschutz und die Prävention betrifft. Voll einverstanden, aber wir müssen auch etwas sagen zur öffentlichen Sozialhilfe, unser grösstes finanzielles Sorgenkind. Der einzige Vorschlag der Experten dazu: Erhöhung des Steuersubstrats. Die wünschten wir uns angesichts der sehr schwierigen Finanzlage unserer Stadt alle, nicht nur aus sozialpolitischen Gründen. Offenbar hat sich das Sozialamt gegenüber den Fragestellern aus Zürich einmal mehr sehr gut verkauft.

Kurze Reaktion der SVP-Fraktion: Im Stadthaus ist nach wie vor kein politischer Wille zu substanziellen Veränderungen und Kostenstabilisierungen, wir sprechen ja nicht einmal von Einsparungen, erkennbar. Es ist kein Wille erkennbar, mit den verantwortlichen Stellen anderer Städte zusammensitzen und nach deren Erfahrungen und Massnahmen zu fragen. Natürlich, die notwendigen Reformen in der Sozialhilfe können nicht auf kommunaler Ebene angestossen werden. Auf unserer Ebene jedoch geht es darum, mögliche Spielräume enger zu nutzen und jeglicher Grosszügigkeit, etwa bei der Wohnungssuche oder bei einem Fahrzeugkauf, abzusagen.

Es sei angebracht, schreiben die Experten, „aufgrund der grossen Bedeutung des Politikbereichs der öffentlichen Sozialhilfe für die Stadt Arbon diesen separat zu diskutieren“. Die Experten hätten uns aber auch sagen können, wie die Diskussion fruchtbarer geführt werden könnte als es bisher meist geschehen ist. Noch wehren wir uns gegen die Resignation, denn damit wäre wirklich niemandem gedient. Doch eine weitere Diskussion setzt voraus, dass man nicht nur nach wortreichen Erklärungen sucht, sondern auch bereit ist, weiter zu denken und kostendämpfende Massnahmen aufzuzeigen.

Cyrill Stadler, FDP: Hier sind wir jetzt im Epizentrum des Berichtes angelangt. Ich möchte sie auf einen Satz auf der Seite 6 zum selben Thema hinweisen. „Die Stadt trägt sodann seit Jahren klaglos überdurchschnittliche Kosten im Sozialwesen“, und der letzte Satz auf derselben Seite: „So betrug der Quotient zwischen Nettoaufwänden im Politikbereich ‚Soziale Wohlfahrt‘ und der Gemeindesteuererträge im Jahr 2011 knapp 35%, im Jahr 2013 aber rund 43%“.

Das klaglose Ertragen ist gut und recht und ich glaube, wenn wir jetzt über ein solches Papier diskutieren, es uns hilft. Wenn wir jetzt hingehen und sagen, okay wir haben jetzt hohe Sozialkosten, wir sind Zentrums-Gemeinde, wir gehen einfach hin und erhöhen die Steuern, dann haben wir wahrscheinlich genau dieses Quentchen zu wenig klagloses Ertragen, ich sage dem mal so, hingelegt, um nicht irgendwo auf kantonaler Ebene etwas zu erreichen.

Ich glaube, es hat Veränderungen gegeben in der Sozialhilfe mit der Ausgrenzung von AHV/IV-Fällen, die jetzt im Ressort von Hans-Ulrich Züllig gelandet sind. Da gab es Faktoren, die den Gemeinden überbürdet wurden, und da muss auf kantonaler Ebene im Finanzausgleich, im Lastenausgleich etwas geschehen. Wir können das nicht weiter tragen.

Wenn wir jetzt hingehen und sagen, okay wir nehmen das auf unsere Kappe, nochmals Steuern in die Höhe, dann haben wir einfach klein beigegeben. Vielleicht ist der Weg über konsequente Sparprogramme, das zu erreichen und aufzuzeigen; „Hey Jungs“ wir sind jetzt ausgespart, ausgepresst, jetzt müssen wir auf kantonaler Ebene Unterstützung haben, sehe ich als einen besseren Weg.

4.3.22 Abfallbeseitigung:

Andrea Vonlanthen, SVP: Es war im Januar 2012, als unser Stadtparlament einer Abfallgebühr, wie der Stadtrat beantragt hatte, eine klare Abfuhr erteilt hat und gar nicht darauf eingetreten ist. Dabei, ich war damals Kommissionspräsident, wurde folgende Überlegung geäussert. Ich erlaube mir die drei, vier Argumente noch einmal aufzuzeigen:

- Die Sauberkeit gehört zu den Grundaufgaben einer Stadt. Dafür werden Steuern entrichtet.
- Da die vorgesehene Gebühr ohne eine neue Leistung der Stadt erhoben werden soll, entspricht sie einer verkappten Steuererhöhung um gut zwei Prozent.
- Die neue Gebühr ist ungerecht, da alle Bürgerinnen und Bürger gleich viel bezahlen müssen, unbeschrieben von ihren Abfallmengen. „Abfalltouristen“ werden überhaupt nicht zur Kasse gebeten. Der Verursacher ist in vielen Fällen gar nicht bekannt.
- Mit einer neuen Gebühr dieser Art wird sich die Abfallsituation nicht verbessern, sondern eher verschlimmern. Die Gebühr provoziert eine Haltung, wonach gedankenlos Abfall produziert werden darf, da die Entsorgung ja via teure Gebühr von jedem Haushalt bezahlt wird.

Dem Kommissionspräsidenten wurde zudem ein Schreiben des Preisüberwachers zugespielt. Dieser schrieb in der Antwort auf eine Beanstandung durch einen Bürger, eine Mehrbelastung der Haushaltungen in Arbon über Abfallgebühren sei nicht angezeigt. Eine Grundgebühr wäre nur bei gleichzeitiger Reduktion der Sackgebühr denkbar.

Ich denke, weiteres ist dazu nicht zu sagen. Eine Abfallgebühr ist nach wie vor nicht erwünscht.

Bernhard Bertelmann, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich mache es hier ganz kurz. Aus Sicht der SP-Gewerkschaften-Juso unterstützen wir das Votum von Andrea Vonlanthen, da die vorgeschlagene Massnahme unsozial und unökologisch ist.

Riquet Heller, FDP: Sie stellen fest aufgrund der breiten Polen in unserem Parlament, die Sache hat keine Chance. Wir sind nicht bereit, neue Wege zu betreten, die Sache nochmals zu überdenken. Ob die Tatsache, dass wir eine Abfallbeseitigung bereitstellen, nicht doch separat abgegolten werden darf und nicht nur über die Tatsache, dass man tatsächlich den Abfall auch abgeliefert. So, meine Damen und Herren, zur Linken und zur Rechten, kommen wir nicht darum herum, eine deutliche Steuererhöhung in Arbon zu installieren. Es ist speziell enttäuschend, dass Parteien, die Volksrechte ergreifen, um Steuererhöhungen zu verhindern, in einem Szenario, wie wir jetzt haben, kein Jota vom ihrem Standpunkt wegkommen. Die Sache ist offensichtlich vom Tisch, wenn die beiden Extrem-Parteien, die das Parlament majorisieren, die Sache nicht haben wollen.

Peter Gubser-SP-Gewerkschaften-Juso: Lieber Riquet Heller, ich verwahre mich dagegen, dass hier in diesem Rat Extrem-Parteien zugegen sind. Das ist ungehörig, eine solche Bezeichnung. Ausserdem ist diese Abgabe für Abfall pro Kopf völlig unsozial. Ich sehe nicht ein, wieso eine alleinstehende, ältere Person mit niedrigem Einkommen gleich viel für ihren Abfall bezahlen muss wie du zum Beispiel als gutbezahlter Staatsanwalt.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Wir sind am Schluss der Diskussion über die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung. Ich bedanke mich für die konstruktive Diskussion und wir gehen nun weiter zum nächsten Traktandum.

4. Fragerunde

Präsidentin Christine Schuhwerk: Es liegen zwei vorzeitig eingereichte Fragen vor. Die erste Frage wird von Astrid Straub, SVP betreffend „Fahrplanänderung der Regionalbusse und ihre negative Auswirkung“ gestellt.

Astrid Straub, SVP: Laut Medienmitteilung vom 8. Oktober 2014 fahren die Busse der AOT-Linie 940 und die Postauto- Linie 200 bald nicht mehr über die Altstadt zum Bahnhof, sondern via NLK. Dies hat zur Folge, dass die Bushaltestelle an der Promenadenstrasse nicht mehr angefahren wird, sie wird kurzerhand aufgehoben. Nicht nur ein Leserbriefschreiber im „felix“ vom 17. Oktober ärgert sich, auch ich war enttäuscht, wieder einmal vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden.

In den Städtli-Workshops, an denen ich teilnahm, waren sich fast 90% der Teilnehmer einig, eine gute Lösung für die Buslinie, wie auch für den Personenverkehr via Promenadenstrasse gefunden zu haben. Ich erinnere daran, im Workshop III führte man daher eine Exkursion durch zur Überprüfung der Verkehrsführung. Von kostengünstiger Haltestelle sprach man und einer guten Lösung für den rollenden Verkehr.

Jetzt das Fazit, dass es eine Kehrtwende beim Bahnhof braucht, wenn man beim Schloss aussteigen will, damit man zum Ärztezentrum oder zu den Städtli-Geschäften kommt. Nicht alle Leute sind gut zu Fuss, so dass sie vom Stahelplatz zu Fuss gehen könnten. Gerade wenn man zum Arzt muss, ist die Neuregelung nicht bürgerfreundlich, sondern rücksichtslos und nicht verständlich. Die Fahrzeit mit Wartezeit Ausgangsort Haltestelle Alpenblick bis zum Schloss beträgt neu mindestens 17 Minuten. In meinen Augen keine Förderung des ÖV- Konzeptes.

Ich ersuche den Stadtrat in diesem Zusammenhang, folgende Fragen zu beantworten:

1. Was kostete der Workshop Lebensraum Altstadt insgesamt und was kostete danach die Realisierung der Bushaltestelle Promenadenstrasse?
2. Welches sind die wesentlichen Gründe für die Aufhebung der Bushaltestelle Promenadenstrasse und wer fasste letztlich den Beschluss dazu?
3. Welche Alternativen wurden geprüft ausser der Lösung via NLK?

Stadtmann Andreas Balg: Vorweg, und das wurde auch mehrfach via Medienmitteilung und einer öffentlichen Veranstaltung publik gemacht:

Der Fahrversuch, mit den Postautolinien 941 und 200 nicht mehr über die Promenadenstrasse zu fahren sondern über die NLK ist vorerst für ein Jahr vorgesehen. Auch die Linienführung über die Promenadenstrasse, die aktuell befahren wird, ist eine provisorische Linienführung. Hier haben wir verschiedene provisorische Varianten, die wir untereinander vergleichen. Fahrgäste, welche ins Ärztezentrum wollen und schlecht zu Fuss sind, können sitzen bleiben am Stahelplatz und circa fünf Minuten später am Schloss aussteigen. Das ist die zusätzliche Belastung, die da auf die Gäste zukommt.

Dann ist mir auch wichtig, aufzuzeigen, dass Themen des Workshops im Projekt Lebensraum Altstadt waren, Nutzung, Verkehr und aktuell die Gestaltung. Das heisst, das eine Projekt Lebensraum Altstadt und das andere Projekt, die Buslinien, wurden und werden im Projekt Angebotskonzept öffentlicher Verkehr Arbon behandelt, das sind zwei Themenbereiche, die sich zwar gegenseitig ergänzen, aber separat bearbeitet werden.

Jetzt versuche ich das so präzise wie zu diesem Zeitpunkt möglich, ein paar Aussagen zu den konkreten Fragen zu machen.

1. Die Kosten für die Umsetzung der Bushaltestelle Promenade sind in diesem Fall ausgesprochen gering und belaufen sich auf maximal Fr. 2'000.-- bis Fr. 3'000.--. Warum, es ist keine bauliche Anpassung nötig gewesen und ein Teil der Kosten wird von den ÖV-Betrieben übernommen. Die Kosten eines Workshops sind je nach Beteiligung sehr unterschiedlich und können zwischen einigen hundert Franken bis wenige tausend Franken sein. Da die Projekte noch nicht abgeschlossen sind, können wir die Gesamtkosten noch nicht nennen. Letztendlich lassen sich die Zahlen über die Multiplikation der Workshops, die man berücksichtigen will mit diesen Zahlen zu einer ungefähren Zahl berechnen.

2. Die Bushaltestelle wird nicht aufgehoben sondern lediglich zeitlich begrenzt inaktiviert, das gehört zu einem Fahrversuch. Der Fahrversuch soll weitere Erkenntnisse, Problemzonen, Fahrzeiten und Kundenbedürfnisse bringen.

Bearbeitet werden diese Themen von einer Fachgruppe die sich aus den Ressortverantwortlichen, Mitgliedern der städtischen Verwaltung, den Vertretern der Busbetreiber sowie der kantonalen Fachstelle für ÖV und Tourismus zusammensetzt und zusätzlich mit der Verkehrskommission sowie externen Spezialisten diskutiert.

Die Beschlüsse werden jeweils vom Stadtrat gefällt.

3. Aktuell und in Zukunft bieten sich verschiedene Möglichkeiten und Linienführungen an. Es sind insbesondere vier, die wir unterscheiden:

- In beiden Richtungen über die NLK und Auflösung der Bushaltestelle Schloss und Promenadenstrasse
- Die Fahrtrichtungen Hauptstrasse und Promenadenstrasse, so wie wir das heute haben
- Hauptstrasse und NLK, so wie das neu ausprobiert wird
- Beide Richtungen auf der Hauptstrasse

Diese vier Varianten wurden bereits geprüft und werden auch weiterhin in Zukunft als Variante genutzt. Wir wissen alle, dass die Busbetreiber uns deutlich signalisiert haben, wenn der Bushof dann auf die andere Seite der Gleise kommt, könnte es durchaus sein, dass hier Anpassungen vorgenommen werden müssen. Wir können dann entscheiden aufgrund der Fahrzeiten, wollen wir allenfalls auf eine Haltestelle verzichten, oder dann doch den längeren Weg über die Altstadt nehmen.

Der Stadtrat hat sich im Grundsatz für beidseitige Bedienung für die Altstadt ausgesprochen. Jede Linienführung hat aber besondere Vor- und Nachteile. Die weiteren Schritte der Umsetzung des Angebotskonzept ÖV werden entsprechende Massnahmen nötig machen. Wir haben jetzt insbesondere eine aktuelle Entwicklung über die 200er Linie und den Schnellbus. Es zeigt, dass die 940er Linien im Dreieck Arbon, Amriswil und Romanshorn realistische Chancen haben, verdichtet zu werden. Das wäre dann eine Umstellung auf Dezember 2015, Fahrplanwechsel, so dass wir ab dem Scheidwegkreisel hier die auch vom Parlament geforderte Verdichtung von dieser Achse haben. Der Bau des Bushofs und die mögliche Nutzung des Bushofs ist ab ca. 2016 realistisch. Es bahnen sich da im Moment Einigungen an, sodass die verschiedenen Bauprojekte, Tiefgarage, Bushof, Hamel und so weiter realisiert werden können. Vielleicht gelingt es schon auf 2015, aber wahrscheinlich eher 2016.

Einmal mehr möchte ich an dieser Stelle anbieten, wenn derart komplexe Fragestellungen anstehen, das Gespräch vorweg mit dem Stadtrat zu suchen, um hier gezielter und allenfalls direkter informieren zu können.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Die zweite Frage wurde eingereicht von Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso, betreffend „Erstellen von Blaue-Zonen-Parkflächen bei der Konditorei Schwarz“.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Dieser Rat hat im Januar das Parkierreglement verabschiedet. Zu diesem Parkierreglement gehörte auch ein Plan der Gebietseinteilung und jetzt während den Herbstferien sind vom Kanton auf Antrag der Stadt Verkehrsanordnungen ausgeschrieben gewesen. Ich habe mir diese angesehen und habe dabei festgestellt, dass an der Bahnhofstrasse, vis a vis vom ehemaligen Migros, neu blaue Parkflächen eingezeichnet werden sollen. Nach diesem Plan liegt aber dieses Gebiet im Gebiet mit Gebührenpflicht. Ich finde eigentlich, solche neuen Verkehrsanordnungen sollten mit dem Parkierreglement, das wir beraten haben, übereinstimmen. Wieso ist das nicht so hier in diesem Fall und gibt es noch andere Orte, wo das auch auseinander geht?

Stadtmann Andreas Balg: In der schriftlich eingereichten Frage ist die erste Frage: Wieso wurden die Vorgaben des Parkierreglements hier nicht eingehalten? Die Zweite Frage beläuft sich auf die weiteren Gebiete

Stadtrat und Verwaltung halten jederzeit alle Vorgaben vollumfänglich ein.

Zur Information:

Das Parkierungsreglement sieht Zonen vor, legt diese aber nicht örtlich fest. Die örtliche Zonenzuweisung erfolgt durch den Stadtrat mit der Verordnung und dem Gebietstypenplan. Ich weiss nicht über welche Unterlagen du verfügst, wahrscheinlich sind sie nicht aktuell.

Gemäss Zeitplan ist vorgesehen, dass der Stadtrat das Parkierreglement am 1.1.2015 zusammen mit der Verordnung und dem Gebietstypenplan in Kraft setzt.

Und als zusätzliche Information: Mit den zusätzlichen Parkplätzen vor dem Rosasco-Gebäude steigert der Stadtrat die Standortqualität für die dort ansässigen Läden und Dienstleister.

5. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtmann Andreas Balg: Ich habe keine weiteren Anmerkungen.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Weitere Wortmeldungen oder Informationen?

Elisabeth Tobler, SVP: An der letzten Parlamentssitzung habe ich zu den Anmeldegebühren für die Dock die Zahl von Fr. 8'000.-- pro Anmeldung genannt. Herr Züllig war dann sehr aufgebracht und hat mich danach im Restaurant angesprochen. Ich habe ihm erklärt, dass ich diese Zahl von einem Stadtrat erhalten habe. Dieser Stadtrat hat nun abgeklärt, dass es nur Fr. 800.-- pro Anmeldung sind. Der Stadtrat entschuldigt sich ausdrücklich bei mir für diese Falschangabe.

Ich möchte, dass das hier protokolliert wird, damit das die Öffentlichkeit auch nachlesen kann.

Präsidentin Christine Schuhwerk:

Die heute eingereichte Interpellation von Kaspar Hug und Luzi Schmid, CVP/EVP betreffend „Tempo 30-Zonen in der Stadt Arbon“, wurde von 18 Personen mitunterzeichnet und geht nun zur Bearbeitung an den Stadtrat.

Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder und Vertreter der Medien. Wir sind am Ende dieser Sitzung angelangt. Am 9. Dezember 2014 findet die nächste Parlamentssitzung statt, welche bereits um 18.00 Uhr beginnt. Ich wünsche ihnen ein gutes Ausklingen dieser Sitzung und eine gute Zeit bis zur nächsten Parlamentssitzung.

Schluss der Sitzung: 22.10 Uhr

Arbon, 7. November 2014

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Die Parlamentspräsidentin:

Die Parlamentssekretärin:

Christine Schuhwerk

Evelyne Jung